Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 6.00, monatlich 2.00 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebengespaltene Petitzeile oder deren Raum 110 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 100 Pfg., Reklamen 320 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 63. Montag, den 15. März 1920. 27. Jahrg.

Die Gegenrevolution von rechts.

Die Lage bessert sich zu gunsten der alten Regierung. — Fehrenbach beruft die Nationalversammlung nach Stuttgart. — Hamburg fest in den Händen der Arbeiterschaft. — Ungeklärte Lage in Kiel.

Allmählich beginnen sich die Nebel zu verziehen, die den politischen Horizont in den letzten Tagen verdunkelten. Die Rebellen Kapp und Lüttwitz besitzen durchaus nicht die Gewalt, die sie sich in den Meldungen anmaßen, mit denen sie die bürgerliche Presse speisen. Vor allem ist eines festzustellen: den Rebellen, deren Anhang sich aus Baltikumtruppen, unzuverlässigen Reichswehrtruppen und infolge der neuen Ordnung der Dinge in Deutschland entlassenen Offizieren zusammensetzt, ist es zwar gelungen, das Regierungsviertel in Berlin zu besetzen, aber darüber hinaus reicht ihre Macht nicht. Es ist eine freche Anmaßung, wenn die Rebellen in ihren Manifesten die alte Regierung Ebert-Bauer für abgesetzt, die Nationalversamlung für aufgelöst erklären.

Die alte Regierung Ebert-Bauer besteht nach wie vor zu Recht

und denkt gar nicht daran, vor den Kapp-Lüttwitz die Segel zu streichen. Lediglich um es nicht zu unnützem Blutvergießen kommen zu lassen, hat die Regierung Ebert-Bauer Berlin verlassen und sich zunächst nach Dresden begeben. Vor dort aus hat sie das nachfolgende Manifest erlassen:

Putschversuche gewissenloser Abenteurer, hinter denen kein ernsthafter Politiker steht, haben die Regierung veranlaßt, um zweckloses Blutvergießen zu vermeiden, Berlin zu verlassen. Die verfassungsmäßige Regierung hat ihren Sitz in Dresden und ist die einzige, die das Chaos verhindern kann. Wir ersuchen, den dienstlichen Verkehr mit uns aufrecht zu erhalten und alle Beziehungen zu den Staatsstreichlern in Berlin abzulehnen.

Ebert, Bauer, Müller, Giesberts, Noske, Koch, Geßler.

Inzwischen hat sie sich weiter nach Süddeutschland begeben, das treu zur demokratischen Republik hält. Nirgends haben sich bisher Anzeichen dafür bemerkbar gemacht, daß der Süden der deutschen Republik irgend ein Verlangen danach trüge, sich in die Gefolgschaft der Kapp und Lüttwitz zu begeben.

Die Nationalversammlung, getragen vom Willen des gesamten Volkes, denkt ebenso wenig daran, wie die Regierung, ihre Auflösung durch die Rebellen ruhig hinzunehmen. Präsident Fehrenbach hat sie für Dienstag, den 16. März, nach Stuttgart zusammenberufen.

Von militärischen Stellen — wir bitten das ganz besonders zu beachten — wird die Meldung verbreitet, daß die Rebellen Kapp und Lüttwitz nach vielen Bemühungen ein Ministerium zusammen gebracht hätten, das alle Parteien umfasse, und dem sogar der linksunabhängige Däumig angehöre.

Das ist aufgeleter Schwindel.

Man will damit nur Verwirrung im Volke anrichten. Es ist ganz selbstverständlich, daß kein einziger Sozialdemokrat den Kapp und Lüttwitz seine Mitwirkung leihen wird. Auch von den „Unabhängigen" ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß sie mit den militärischen Hochverrätern und Rebellen nicht gemeinsame Sache machen. Die verruchten Säbelhelden und gewissenlosen Nationalisten haben, dessen sind wir fest überzeugt, von unsern hadernden Brüdern zur Linken keinerlei Unterstützung zu erwarten. Das Zentralorgan der „Unabhängigen", die „Freiheit" in Berlin, wies noch in ihrer letzten uns zugegangenen Nummer darauf hin, daß es auch für die „Unabhängigen" kein Paktieren mit den Rebellen, sondern nur Kampf, schärfsten Kampf gibt:

„Wenn die reaktionären Herren ein Tänzlein wagen, wir spielen ihnen auf! Gegen die monarchistische Reaktion wird die revolutionäre Arbeiterschaft alle geeigneten Mittel anwenden, um sie niederzuwerfen. Und in diesem Kampfe wird das deutsche Proletariat dafür zu sorgen haben, daß dieser elende Spuk der monarchistischen, nationalistischen und militaristischen Dreieinigkeit auf immer aus dem politischen Leben verschwindet."

Daran kann man den Schwindel ermessen, den die Rebellen und ihr Anhang treiben. Nach Nachrichten, die uns Sonntag nachmittag aus zuverlässiger Quelle über Hamburg zugegangen sind, sind die Gegenmaßnahmen in Berlin so weit gediehen, daß bereits in kürzester Zeit mit einem Umschwung der Verhältnisse auch in Berlin zu rechnen ist. Die Bäume der Kapp und Lüttwitz werden nicht in den Himmel wachsen.

Es liegt auf der flachen Hand, daß die Rebellen wachsendem Widerstande im Volke begegnen. Das Volk hat nicht vergessen, daß Herr Kapp einst der Gründer der berüchtigten Vaterlandspartei war. In einem Manifest, das er erlassen hat, und in dem er das Programm seiner Regierung in Umrissen zeichnet, versucht er jedermann im Volke etwas Honig um den Bart zu schmieren. Aber das Programm der Rebellenregierung ist das Papier nicht wert, auf dem es gedruckt steht. Was kann auch von dem Junkergenossen und Schildhalter der ostelbischen Junker Kapp viel Gutes kommen? Sein heimliches Streben geht dahin, unser Land in neue Kriege zu hetzen, obwohl die Wunden noch nicht vernarbt sind, die der fürchterliche Weltkrieg unserem Volke geschlagen hat. Allein schon der Bestand einer Regierung Kapp-Lüttwitz bedroht die Interessen unseres über alles geliebten Vaterlandes in lebensgefährdender Weise von außen. Die große Mehrheit des Volkes und auch das Ausland waren heilfroh, daß das deutsche Volk das großmäulige Ostelbiertum und Preußentum endlich schachmattgesetzt hatte und sich nun der Aufgabe widmete, sein Haus von Grund auf neu und wohnlicher zu gestalten. Mit Empörung muß es sehen, wie diese Aufbauarbeit von einer Handvoll militärischer Rebellen und nationalistischer Schreier schmählich zu unterbrechen versucht wird. Der ganze Zorn des Volkes wird sich deshalb gegen diese Rebellen richten und sie wieder hinweg fegen.

Nur die demokratische Republik kann Deutschland retten.

Von ihr hängen Deutschlands Heil und ganze Zukunft ab. Wer es mit der Zukunft unseres Landes und Volkes gut meint, muß sich deshalb geschlossen und entschlossen hinter die demokratische Republik stellen und Hand anlegen, daß sie nicht von den militärischen Hochverrätern und nationalistischen Rebellen erdrosselt wird.

Rettet die demokratische Republik!

Zur Lage im Reich.

Hamburg in der Gewalt der alten Regierung. — Oberst Freiherr von Wangenheim gestürzt.

Nach einer uns Sonntag nachmittag von zuverlässiger Seite zugegangenen Mitteilung ist Oberst v. Wangenheim, der sich eigenmächtig die vollziehende Gewalt in Hamburg angeeignet hatte, zum Rücktritt gezwungen worden. Befehlshaber ist Oberst Meyn, der die Macht und die Truppen wieder in Händen hat. Das Rathaus und alle wichtigen Gebäude sind von der alten Regierung treugebliebenen Truppen besetzt.

Nach einer weiteren Meldung der Eisenbahndirektion Altona ruht auf Grund von Beschlüssen des Eisenbahnerverbandes und der Eisenbahnbeamten der gesamte Eisenbahnverkehr mit Ausnahme der Lebensmittelzüge. Die Fahrbereitschaft soll aber aufrecht erhalten werden.

Die Verhältnisse in Kiel.

Die Verhältnisse in Kiel sind noch ungeklärt; zuverlässige Meldungen liegen uns noch nicht vor. Sonnabend mittag hatte sich eine provisorische Regierung gebildet, bestehend aus je einem Vertreter der Mehrheitssozialisten, der U. S. P. D. und der Kommunisten. Zum Gouverneur war Genosse Gustav Garbe ernannt worden. Das Militär hatte erklärt, sich vorläufig neutral verhalten zu wollen. Abends 6 Uhr sollte im Gewerkschaftshause eine Vertrauensmännerversammlung stattfinden. Diese Versammlung fand auch statt, verfiel jedoch der Auflösung. Nach der „Kieler Zeitung" ist Garbe verhaftet worden. Offenbar haben Militär und Marine einen vorläufigen Umschwung der Verhältnisse herbeigeführt. Als Militärbefehlshaber des Gouvernementsbereichs Kiel zeichnet der Admiral v. Levetzow. Ueber den Verlauf der Dinge am Sonntag fehlt uns jegliche Nachricht. Eine telephonische Verbindung war nicht möglich; auch war es uns unmöglich, mit unserem Telegraphenbureau in Hamburg in Verbindung zu treten.

Die Lage in Mecklenburg.

In Schwerin hatten Reichswehrtruppen unter dem Afrikaner v. Lettow-Vorbeck das alte Ministerium am Sonnabend gefangen gesetzt. Auf Drängen der Volksmassen mußte man sich dazu verstehen, sie wieder freizulassen. Inzwischen scheint das Militär wieder die Oberhand erhalten zu haben. In einem Funkspruch teilt die Reichswehrbrigade 9 mit, das Staatsministerium (Dr. Wendorf, Stelling, Henke, Asch, Sivkovich) habe sich bereit erklärt, zurückzutreten und sich jeder Art Regierungshandlung zu enthalten, um in der gespannten Lage ein Blutvergießen zu vermeiden. Ob diese Meldung den Tatsachen entspricht, läßt sich von hier aus nicht feststellen.

An die Bevölkerung Lübecks.

Die Verderber des deutschen Volkes, die an dem unsäglichen Elend, unter dem wir alle so schwer zu leiden haben, die Hauptschuld tragen, strecken ihre blutbefleckten Hände wieder nach der Gewalt in der jungen Republik aus, um diese in den alten Obrigkeitsstaat umzuwandeln, in dem die Besitzenden jedes Vorrecht, die Werktätigen aber die Pflichten übertragen erhielten. Militarismus und schrankenlose Ausbeutung soll wieder Trumpf werden.

Gerade in dem Augenblick, da sich Deutschlands Wirtschaftsleben etwas hebt, da das Ausland wieder Vertrauen zu der zähen Arbeits- und Lebenskraft des deutschen Volkes gewinnt und die berechtigte Hoffnung auf eine Besserung unserer Existenzgrundlagen sich zeigt, führen die Reaktionäre und Militaristen mit den schlimmsten Gewaltpolitikern vom Schlage der Kapp, Traub und Konsorten, an der Spitze, die immer und **immer wieder für die Verlängerung des Massenmordens bis zum Weißbluten wirkten, einen Streich aus dem Hinterhalt gegen die vom Vertrauen der großen Mehrheit des deutschen Volkes getragenen Regierung.**

Ihnen ist es gleichgültig, wenn auf diese Weise dem Volke und Lande der Untergang droht, wenn die Mark im Auslande auf dem Nullpunkt sinkt, wenn Nordschleswig mit Flensburg, wo gerade die Abstimmung erfolgen sollte, an Dänemark verloren gehen. **Machtgier und Steuerscheu sind die Triebfedern ihres Handelns.**

Dem eidbrüchigen General v. Lüttwitz mit seinen Söldnerscharen ist es zunächst gelungen, in Berlin die Regierungspaläste zu besetzen und von dort Proklamationen zu erlassen. Aber diese Proklamation und die ihrer Anhänger haben keinen Anspruch darauf, daß sie befolgt werden. Die Regierung Bauer-Koch-Giesberts besteht weiter zu Recht. Sie allein kann im Namen des Reiches Anordnungen treffen.

Für die gesamte freiheitliebende Bevölkerung gilt es in dieser Stunde, gemeinsam zu handeln in der Abwehr der Diktatur einer kleinen gewaltigen reaktionären Minderheit. Die faustdicken Lügen und hohlen Versprechungen dieser Usurpatoren werden niemand täuschen. **Niemals wird mit Kapp und Lüttwitz im Bunde ein Sozialdemokrat, Unabhängiger oder wirklicher Demokrat in Deutschland regieren.**

Die Abwehr des reaktionären Ansturms wird gelingen, wenn jeder seine Pflicht tut. Im Reiche sind die meisten größeren Städte und die Länder fest in den Händen der Sozialisten und Demokraten. Ein großer Teil der Wehrmacht steht ebenfalls hinter ihnen. In Lübeck haben Senat und Bürgerschaft erklärt, treu zur bisherigen Regierung halten zu wollen. Das war eine Selbstverständlichkeit, wenn man auch vielleicht keine Einmütigkeit erwarten konnte.

In dem Kampfe für die Freiheit des Volkes, der mit glühendem, heißem Herzen geführt werden muß, gebührt der Sozialdemokratie die Führung. Dieser Kampf ist ein Teil ihres Daseinszweckes.

Parteigenossen, Arbeiter, freiheitlich gesinnte Volksgenossen! **Handelt, auf daß der Vorstoß der Reaktion sich gegen seine Urheber kehre!**

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Die alldeutsch-militaristische Revolte vor der Bürgerschaft.

Bürgerschaft und Senat geschlossen für die bisherige Regierung.

b. Lübeck, 13. März.

In aller Eile ist der Wortführer G. Ehlers dem Verlangen einer verfassungsmäßig vorgeschriebenen Zahl Bürgerschaftsmitglieder nachgekommen und hat zu Sonnabend abend 8 Uhr eine Versammlung anberaumt, die zu den veränderten politischen Verhältnissen Stellung nehmen sollte. Die einzelnen Fraktionen sollen Erklärungen abgeben und durch eine Kundgebung der Lübecker Bevölkerung zeigen, daß das Parlament auf dem Posten ist. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Alfred Dreger, wie der Sprecher der Demokraten, Rechtsanwalt Dr. Görtz, hatten das Gebot der Stunde in seiner tiefsten Bedeutung erfaßt, wogegen der Deutschnationale Dr. Wittern glaubte, einen Eiertanz aufführen zu müssen, bei dem das Wichtigste, unserer Stadt die Schrecken eines Bürgerkrieges zu ersparen, ganz außer acht gelassen wurde. Wo auch Dr. Wittern in einer Zusammenkunft irgend welcher Art zu Worte kommt, entpuppt er sich als Schreckenskind, das mit großem Wortaufwand polternd hineinplatzt und sich schließlich doch nur als schreckhafte Advokatenseele entschleiert. Nach echt deutschnationaler Art zieht Dr. Wittern seine Reaktion und ist höchlich erstaunt, wenn keine

Deier bei den auf eine harte Probe gestellten Zuhörer Mißmut und Widerspruch erregt. Genosse Haut trat ihm wirkungsvoll entgegen. Es hätte nicht viel gefehlt und der Sprecher der Deutschnationalen würde die stärksten Entrüstungssturm fertig gebracht haben. Daß er nich ispontan losbrach, hat Dr. Wittern der hohen Einsicht der Bürgerschaft zu verdanken, wie das deutsche Volk es **den Leuten um Dr. Wittern herum zu danken hat, daß es mitten in seinem Neuaufstieg wieder elend zu Boden gedrückt und ins Elend gestürzt wird.** Das ist der Kernpunkt, um den es sich handelt und um den Dr. Wittern wie die Katze um den heißen Brei herumgegangen ist, und den er noch zu beschönigen versuchte. Er sprach sogar, wenn wir recht gehört haben, von einem Marsch der Rache. Er und seine Gesinnungsfreunde mögen sichs gesagt sein lassen, daß ihr hohles Geschwätz über die Achtung vor der Volksmehrheit bei denkenden Menschen kein Gehör findet. Ihre Taten reden eine zu deutliche Sprache. Wenn der Wortführer Ehlers zum Schlusse dennoch feststellen konnte, die Lübecker Bürgerschaft stehe in ihrer Gesamtheit auf dem Boden der demokratischen Regierung, und sei entschlossen, alles zu tun, um Ruhe und Ordnung zum Wohle der Bevölkerung aufrechtzuerhalten, so nehmen wir an, daß die Dr. Witternsche Richtung die Lehren daraus zieht.

Erfreulich, wenn auch selbstverständlich waren die Senatserklärungen, die sich bedingungslos hinter die Regierung und die Verfassung stellten.

Die Bürgerschaftsmitglieder waren sehr zahlreich erschienen, auch die Tribünen waren voll besetzt. In nachstehendem geben wir die Erklärungen der einzelnen Redner gedrängt wieder. Namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärte

Genosse Alfred Dreger:

In dem Moment, wo ein Aufatmen durch Deutschlands Volk geht, wo die Gesundung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse fühlbar wird und wir hoffen konnten, in absehbarer Zeit zu besseren Zuständen zu gelangen, überrascht uns der Putsch derselben gewissenlosen Militärpartei, die unser deutsches Volk ins Elend stürzte. Fünfviertel Jahre haben wir am Wiederaufbau gearbeitet, eine freie Verfassung geschaffen, und nun kommt diese, niemals vor den schofelsten Mitteln zurückschreckende Militärpartei und versucht, mit einem Putsch ihre schofelsten Ziele zu erreichen. Das deutsche Volk wird lange arbeiten müssen, um wieder auf den Stand zu kommen, den wir gestern hatten. Die Bürgerschaft muß diese Gewaltmaßnahmen scharf verurteilen.

Die Sozialdemokraten und alle deutschen Arbeiter werden mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln die von der Revolution und der Verfassung erworbenen Freiheiten verteidigen. Die Lübecker Arbeiter stehen einmütig hinter der bisherigen Regierung und sind gewillt, wenn sie beseitigt werden sollte, alles daranzusetzen, um den bisherigen Zustand wieder herzustellen.

Wir werden uns aber in Zukunft die Frage vorlegen müssen, inwieweit wir die Regierungsämter noch von so unzuverlässigen Personen verwalten lassen können. (Zuruf: Sehr richtig!) **Gleichzeitig richte ich an den Senat die Frage, ob er noch weiter gewillt ist, die Reichswehrtruppen in unserer Stadt zu beherbergen, ob und welche Stellung der Senat zu den Vorgängen einnimmt und ob er auf dem Boden der Verfassung steht. Ich kann erklären, daß die gesamte Arbeiterschaft, unbekümmert um ihre politische Meinungsverschiedenheit, die alte Regierung verteidigt. Wir hoffen, nicht zu außerordentlichen Mitteln greifen zu müssen, und erwarten, daß diese Krise recht bald zugunsten des deutschen Volkes überwunden sein wird.** (Bravo! bei den Soz.)

Im Namen der Demokraten erklärte

Dr. Görtz,

seine Fraktion sei niemals einiger gewesen als bei dem Beschluß, die Demokratie und somit die Volksherrschaft aufrechtzuerhalten. Sie erkennen die Deutsche Nationalversammlung als ausschließlichen und maßgebenden Faktor an. Sie wollen an der friedlichen Ausgestaltung des Landes mitarbeiten und bekämpfen jede Gewaltmaßnahmen. Die Gegenrevolution steure auf den Bürgerkrieg los (Zuruf: Sehr richtig!) und bringe die völlige Verarmung unseres Volkes. Heute habe sie schon den schrecklichsten Valutasturz gezeitigt, den Auslandskredit untergraben und zeitige die Hungersnot. Die Demokraten seien einmütig willens, die jetzige Regierung zu bekämpfen. Der Vorgang müsse eine ernste Mahnung sein, eifrig am inneren Ausbau des Staates zu arbeiten, damit es besser werde. Der politische Kampf habe hier glücklicherweise noch nicht zur Verhetzung geführt wie anderswo, und wenn wir hier nur wollten, könnten wir uns ohne militärische Hilfe selbst schützen. Keine Partei brauche zu gefährlichen Mitteln zu greifen. Ein Generalstreik würde etwas Fürchterliches werden. Einmütiges Zusammenhalten schütze Ruhe und Ordnung, schütze unsere Güter und die Zukunft unserer Kinder. Lübeck soll ein leuchtendes Beispiel für Deutschland geben und den Parteizweck dem allgemeinen Volkswohl unterstellen.

Dr. Wittern,

der deutschnationale Redner, ist überrascht von den Vorgängen und sucht aus Zitaten aus dem „Vorwärts" zu beweisen, daß seine Partei vollkommen unschuldig an allem ist. Er erklärt sich die Lage aus den Sünden der Regierung seit dem 9. November 1918. (Zuruf: Unterlassungssünden!) Die Meinung aller, die mit dem deutschen Volke fühlten, sei, daß die Korruption einen Grad erreicht habe, die das Atmen geradezu erschwere. Die Korruption sei zwar unter dem alten System erzeugt, aber die Revolutionsregierung habe nicht fest zugegriffen und den Schieberkönig Erzberger geschützt. (Zuruf Helfferich!) Jedes Volk und jedes Parlament habe die Regierung, die es verdiene. Weiter gibt Dr. Wittern als Grund des heutigen Zustandes die „beabsichtigte" Verfassungsänderung in bezug auf die Präsidentenwahl an und beschuldigt die Sozialdemokratie der Programm- und Verfassungsuntreue. Zitate von Siresemann und Heine dienen ihm weiter zur Verurteilung der heutigen Regierung. Im Namen seiner Partei, die das Vaterland über alles stelle und das Wohl des gesamten Volkes — nicht einer Klasse wie die Sozialdemokraten — erstrebe, gab Dr. Wittern eine bereits in der bürgerlichen Presse veröffentlichte Erklärung ab, die sich gegen die Aufhebung des Art. 41 der Reichsverfassung wendet und die die Vorgänge in Berlin bedauert.

Senator Kulenkamp

kann in bezug auf die Reichswehr eine schlüssige Antwort nicht geben. Das könne der Senat schon deswegen nicht, weil es sich um eine Einrichtung des Reiches handle. Er wie der gesamte Senat bedaure lebhaft, daß die ohnehin unendlich verzweifelte Lage des Reiches noch weiter verschärft werde durch eine Unternehmung, die durch Gewaltmaßnahmen die eben zustandegekommenen Grundlagen des Reiches hindere. Der Senat stehe hinter der Reichsregierung wie bisher.

Genosse Haut

hebt hervor, es sei längst bekannt, daß Kräfte gegen die junge Republik am Werke waren, um das verhaßte Gebilde zu beseitigen. Verschiedene militärische Maßnahmen habe man in dem Glauben gebilligt, es handle sich um demokratische Einrichtungen. So auch für die Sicherheitspolizei. Die Reichswehr, die man zum Schutze der Grenzen brauchte, kehre sich jetzt gegen die Regierung. Von der Sicherheitspolizei habe man sich ganz besondere Dinge in bezug auf Ruhe und Ordnung versprochen und heute erklärten sie, sie seien Soldaten und gehorchten nur militärischen Befehlen. Zum größten Bedauern müsse man heute erfahren, daß der Senat auf diese Leute keinen Einfluß habe und nur vorgeschobene Person sei. Gegen diese Polizei werde jetzt eine andere Stellung eingenommen werden müssen, da sie sich als zweite Militarismus entpuppe. Es werde schwer halten, für die Sicherheitspolizei auch nur einen Pfennig zu bewilligen. (Zuruf: Sehr richtig!) **Redner stellt den Antrag, sie sofort zur Disposition zu stellen. Was jetzt in Berlin gemacht wird, habe man schon seit einiger Zeit kommen sehen. Der Hamburger Generalstreik sei erklärlich, wenn man das Wüten der bayerischen Söldnerhorden, der Roßbachtruppe, kenne. In Ratzeburg und Berlin ständen dieselben Horden. In Feindesland seien sie wie die Kaninchen davongelaufen, aber jetzt fänden sie den Mut, die Axt an die Wurzel der demokratischen Republik zu legen. Wir werden dieses Vorhaben zu verhindern wissen, wenn nicht friedlich, dann durch Kampf. Darauf können Sie sich verlassen. Der Redner fordert die unverzügliche Entfernung der Reichswehr aus Lübeck, sie bilde den Gegenstand der Aufregung. Die Arbeiterschaft werde aus eigener Kraft und Machtvollkommenheit den Schutz übernehmen. Dr. Wittern gegenüber betont Genosse Haut, die Unterlassungssünden der Regierung bestünden darin, daß sie dem Militarismus nicht genügend auf die Finger gesehen und deutschnationale Offiziere an die Spitze gestellt habe, die das deutsche Volk in einen neuen Krieg hetzen wollen. Die Marine mache sich in Berlin ja auch bemerkbar. Schiebertum und Wucherei billige die Sozialdemokratie gewiß nicht, aber Erzberger den Sozialdemokraten an die Rockschöße zu hängen, lehne seine Partei entschieden ab. Die Korruption sei auch unter der kaiserlichen Regierung bis in hohe Verwaltungsbehörden emporgewuchert (Bahnbau in Afrika, Tippelskirch) und Helfferichs Reichtum stamme auch nicht von ungefähr. In bezug auf die Wahl des Reichspräsidenten herrschten bei der Sozialdemokratie ebenfalls Meinungsverschiedenheiten, wie aus einem Artikel des „Volksboten" heute ersichtlich sei. Die Nationalversammlung habe das Recht zu Verfassungsänderungen, die die Deutschnationalen in der ersten Sekunde ihrer Parlamentsmehrheit vornehmen würden. Der Marsch der Rache sei längst vorbereitet gewesen. Des weiteren verwies der Redner auf die reaktionäre Tätigkeit des früheren Reichstages und forderte die Uebernahme des Schutzes der Stadt durch eigene Vorkehrungen.**

Senator Mehrlein

erklärt es als einen großen Irrtum, daß Polizei und Sicherheitstruppen (grüne) nicht in seiner Hand seien. Nur bei verschärftem Belagerungszustand gehe die Befehlsgewalt an den Garnisonältesten über. Würde die Sicherheitspolizei seinen Befehlen aus politischen oder sonstigen Gründen nicht folgen, wäre er der Erste, der ihre Auflösung beantragen würde. Wir befänden uns in erregten Debatten, und die Kommunisten wollten schon jetzt zu den Waffen greifen. Sie hätten die Leute bereits aus den Kinos geholt, im Gewerkschaftshaus das Tanzvergnügen gesprengt, eine Versammlung abgehalten und Waffen gefordert. Es sei möglich, daß es in der Nacht zu Zusammenstößen komme. (Wie sich später herausstellte, ist Senator Mehrlein nicht richtig unterrichtet worden. Die Kommunisten haben die Versammlung weder veranstaltet, noch gewaltsam das Tanzvergnügen gesprengt, sondern nur als Gäste gesprochen. Red.) **Die Sicherheitspolizei werde ihre Pflicht tun. Die Einwohnerwehr werde alarmiert, um den im trüben fischenden Elementen das Handwerk zu legen. Von Sonntag ab seien alle Versammlungen, sowie der Telegraphen- und Fernsprechverkehr aufgehoben.** (Zuruf: Lassen wir uns nicht gefallen!) **Die Offiziere der Reichswehr ständen auf dem Standpunkt, daß sie Soldaten seien und ihre Befehle abwarteten. Es halte furchtbar schwer, jetzt Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Wenn die Reichswehr nicht vorgehe, breche sie ihren Eid, den sie der Regierung geleistet habe. Versagten die Sicherheitstruppen, würden sie aufgelöst. Um Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Sicherheitspolizei zu vermeiden, müsse die Einwohnerwehr mildernd eingreifen. Jeder Zündstoff müsse vermieden werden, die Bürgerschaft einmütig erklären, daß sie diesen Staatsstreich nicht billigt. Dann werde man Ruhe und Ordnung aufrechterhalten und schlimmere Schäden vermeiden.**

Senator Bromme

unterstrich die letzten Ausführungen Mehrleins und warnte vor übereiltem Generalstreik. Man solle erst den Verlauf der Dinge abwarten, die Arbeiter sollten an ihre Frauen und Kinder denken. Es sei nicht anzunehmen, daß die Reichswehr geschlossen hinter den Putschisten stehe. Gehe die Demokratie mit den Sozialdemokraten geschlossen vor, werde der 18. Brumaire des Herrn Kapp diesem noch sauer aufstoßen. Gehe die Arbeiterschaft in dieser Frage mit dem Bürgertum zusammen, werde sie auch diese Gefahr überwinden.

Dr. Görtz und Genosse Dreger dankten dem Senat für dessen Ausführungen. Damit schloß die Sitzung gegen ½10 Uhr.

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 15. März.

Die lübsche bürgerliche Presse zur Gegenrevolution.

Wir wollen gleich aufs Ziel losreiten und den Stier bei den Hörnern packen. Denn mit offenkundigem Schwindel darf man sich nicht lange aufhalten. So oft wir uns auch mit den

Lübeckischen Anzeigen

beschäftigen, waren wir in der Lage, nachzuweisen, daß dieses volksfremde und volksfeindliche Blatt nur Herrenmenscheninteressen vertritt. Und wenn es um den Geldsack geht, wird jeder Wahrheitstreue der Kragen abgedreht. Die „Lübeckischen Anzeigen" leisten den kapitalistischen Interessen jeden Schergendienst. Sie haben dieses Handwerk vor dem Kriege betrieben, im Kriege weidlich gelernt und sind bestürzt, wenn sie in ihrem schoßen Gewerbe einmal ernsthaft gestört werden. Seit die Leitung des Blattes in Majorshänden liegt, wurde eine extra dicke Elefantenhaut übergezogen. Man marschiert wie die alten Preußen gegen alle Mauern blind an und wundert sich, wenn der dicke Schädel eine Beule kriegt. Dann „erlebt man eine Ueberraschung, auf die man nicht vorbereitet war und die wie ein Blitz aus heiterem Himmel gekommen ist". So wird im lübschen Amtsblatt die Wahrheit vergewaltigt, obwohl man seit Jahr und Tag mit allen Finessen an der „Ueberraschung" mitgearbeitet hat. Alle Artikel der Militaristen, Schwerindustriellen und Pfaffen, die dort unterkamen, schossen auf die Stunde hinaus, die jetzt für die Schwindelgeister so plötzlich bestürzt gekommen ist. Und der gewesene Major suchte jede Gelegenheit auf, um seine „unpolitischen Meinungen" bei ehemaligen und noch seienden Soldaten abzusetzen. Das Resultat setzt das Volk jetzt zu seinem gar nicht wieder gutzumachenden Schaden.

Die „Lübeckischen Anzeigen" schwindeln mehr, als die Druckerschwärze wiedergeben kann. Am Sonnabend malen sie in größter Verzerrung mit Riesenlettern den Rücktritt der Regierung Ebert-Bauer und zeigen damit gleich als Einleitung, daß Wahrheit nicht zu alldeutscher Gesinnung paßt. Denn die Regierung ist ebensowenig zurückgetreten wie die Nationalversammlung aufgelöst ist; **beide bestehen zu Recht auf Grund des Volkswillens** im Gegensatz zu der im Tagesstrudel emporgerissenen größen- und herrscherwahnsinnigen Rasselbande. Der fromme Wunsch der heuchlerischen Federhelden ist nicht in Erfüllung gegangen und wird es auch nicht. Noch gehen diese Hintertreppenpolitiker und Gewaltanbeter nicht ganz aus der Reserve heraus. Das Spiel scheint ihnen noch etwas zu gewagt. **Wehe dem deutschen Volke, wenn sie es gewinnen würden!** Aber daran ist nicht zu denken. Geht es um Kopf und Kragen, dann ist **auch uns kein Einsatz zu kostbar. . . .**

Und dann die des öfteren erwähnte kühne Umschreibung, mit der die „Lübeckischen Anzeigen" die Niedertracht ihres volksverderbenden Parteianhangs verblümt. Man lese folgendes:

Vor allem heißt es jetzt für unser deutsches Volk „Ruhe bewahren". Es wird ja sicher versucht werden, die Bewegung den Stempel: „Gegenrevolution" oder „monarchistischer Putsch" aufzudrücken. Demgegenüber sei nochmals betont, daß wir bestimmte Nachricht aus Berlin haben, daß dies nicht der Fall ist. Die neue Regierung soll vielmehr nach dem Grundsatz gebildet werden, daß alle Volkskreise an ihr beteiligt sind und daß sachverständige Fachmänner die Führung der Geschäfte in die Hand nehmen. Eigenartig zum mindesten muß aber folgendes genannt werden: Solange sie am Ruder war, hat die „Regierung" Bauer den Generalstreik verdammt und mit Recht als ein Verbrechen am Volke und Lande hingestellt. In dem Augenblick, wo es sich um ihr eigenes Wohl, um den Bestand ihrer Macht handelt, scheute sie sich nicht, die Parole des Generalstreiks in die deutsche Arbeiterschaft zu schleudern! Damit zeigt sie in der letzten Stunde ihres Bestehens offen, daß ihr nicht das Wohl des Volkes und des Vaterlandes am Herzen lag, sondern daß ihre eigene Macht ihr vor allem geht! Wir hoffen, daß die Arbeiterschaft dies erkennt und sich darüber klar ist, daß nur Ruhe in diesem Augenblick der Allgemeinheit dient und damit vor allen Dingen in eigenstem Interesse der Arbeiter liegt. Die Generalstreikparole ist ein Verbrechen und wird hoffentlich von dem besonnenen Teil der Arbeiter als solche erkannt! Es sei nochmals ausdrücklich betont, daß keine parteipolitischen Beweggründe die Ereignisse veranlaßt haben, daß die Rechtsparteien als solche der Sache fernstehen und daß nicht etwa an eine Ausschaltung der bisherigen Mehrheitsparteien, insonderheit der Sozialdemokratie gedacht ist, sondern daß in baldigen Neuwahlen der Wille des Volkes auf loyale Weise zur Geltung kommen soll. Dies ist uns auf Anfrage in Berlin sowohl heute früh wie heute mittag wiederholt versichert worden und zwar von durchaus glaubwürdiger Seite! Es ist doppelt nötig, in dieser Zeit der Hochspannung die Ruhe zu bewahren weil man damit rechnen muß, daß die Kommunisten und Unabhängigen versuchen werden, bei der Gelegenheit im trüben zu fischen und aus der gewollten und eingetretenen Revision und Reinigung der Regierungsverhältnisse einen Umsturz zu schaffen.

Diese ahnungslosen Engel! Unseren Lesern brauchen wir obiges Geschwafel nicht zu zerkleinern, ein politischer Neuling selbst kennt sich in diesem Sauerteig aus. Es ist dieselbe politische Kindskopfpolitik, die wir als Soldaten in den sogenannten Aufklärungsstunden mit geballten Fäusten auf den Knien widerstandslos über uns ergehen lassen mußten. Diese dumme Kampfesart ist ekelhafter als das krächzende Maulwerk eines schnoddrigen Majors auf dem Kasernenhofe. Was dieses zuwege brachte, sehen wir ja an dem großen Zusammenbruch von 1918, an dessen Folgen unsere Kinder und Kindeskinder noch leiden werden. Jetzt kommt diese selbe alldeutsche Sippschaft, die den Dolchstoß Heer und Volk durch ihr gottloses Maul und ihren Weltmachtsfimmel beibrachte, und versetzt der jungen Republik wieder einen Straßenräuberstreich in das noch von früher her blutende Herz.

Arbeiter, Bürgersmann, Soldat! Erkennst Du **die Schlächter von gestern, die Blutsauger von heute, die an Eurem ganzen Elend schuld** sind, die Henkersnaturen, denen es nur wohl zumute ist, wenn sie im Blute waten? Wenn ja, dann heraus aus der Gleichgültigkeit und der Meute die Zähne gezeigt. Wollt Ihr Euch von den **Ludendorff, Helfferich, Kapp und ihren Lübecker Spießgesellen im Amtsblatt noch einmal belügen und betrügen lassen?**

Das wollt Ihr nicht, das dürft Ihr um Euer selbst willen nicht. Eure ureigensten Lebensinteressen stehen auf dem Spiel. Man könnte es beinahe als eine Wohltat empfinden, daß am Sonnabend abend 10 Uhr der Fernsprecher auch für die „Lübeckischen Anzeigen" gesperrt wurde, denn auf diese Art wurde doch die verlogene Berichterstattung vorläufig unterbunden. Was wir von der alldeutschen Herrlichkeit zu erwarten haben würden, wenn ihr verbrecherischer Wahn Aussicht auf Dauer hätte, das sehen wir an dem Programm der sogenannten neuen Regierung, das der

Lübecker General-Anzeiger

mit Behagen abdruckt. Auch diese Revolverpresse ha tkeine Gelegenheit vorüberstreichen lassen, ohne der rechtmäßigen Regierung Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Der „General-Anzeiger" ist verkappter Anhänger des alten militaristischen Systems und offener **Streiter für Kapitalinteressen.** Mit seiner Spießerpolitik treibt er systematische Volksverdummung, die man aus der ganzen Art der Aufmachung am Sonntag wieder klar vor Augen hat. Während dieses Blatt am Sonnabend die Gegenrevolution verurteilt, bringt es am Sonntag auf der ersten Seite das „Programm der neuen Regierung", als ob diese Usurpatoren überhaupt eine Existenzberechtigung hätten. Der Darstellung unserer rechtmäßigen Regierung wird gnädigst auf der zweiten Seite Raum gewährt. Für den politisch Denkende ist diese Art der Aufmachung deutlich genug. Das Sensationsbedürfnis ist hier nicht das Ausschlaggebende. Nein, man erkennt die Absicht, die dem Spießer klar machen soll, wie vorzüglich die „neue" Regierung für die Besitzinteressen einzutreten vorgibt. Das ist ein gefundenes Fressen, um der zu Recht bestehenden Regierung eins auszuwischen, das ist die wissentliche Verbreitung von Spiegelfechtereien zugunsten reaktionärer Gewalten. So hat die „unparteiische" Presse stets volksvergiftend und volksverdummend gewirkt. Da ist es endlich höchste Zeit diesem Blatt den Laufpaß zu geben und es aus der Wohnung hinauszuwerfen. Wer vom arbeitenden Volke eine solche Zeitung unterstützt, schädigt seine eigenen Interessen und fördert diejenigen der Unterdrücker breitester Volksmassen. Arbeiter, merkt euch das!

Dann haben wir hier noch ein mit der Demokratie liebäugelndes, aber fast unter Ausschluß der Oeffentlichkeit erscheinendes Blatt, die

Eisenbahn-Zeitung.

Der reaktionäre Vorstoß hat bei ihr so große Verwirrung angerichtet, daß es in der ersten Bestürzung noch keine Worte gefunden hat. Nur eine faustdicke Schwindelnachricht wurde in der letzten Minute noch in die Spalten gepreßt. Es wird darin gesagt, daß in Berliner Werkstätten unabhängige Flugblätter verbreitet wurden, in denen es die Unabhängigen ablehnten, gegen die Reaktion anzukämpfen. Da hier der Wunsch Vater des Gedankens ist — so viel kennt man auch in der Redaktion der Eisenbahn-Zeitung — so genügt es wohl, diese eigenartige Unterstützung der Gegenrevolution hervorzuheben.

Der reaktionäre Putsch,

der in Berlin sich ereignete, hat in der Arbeiterschaft und in weiten Kreisen des Bürgertums ungeheure Erregung und Empörung im ganzen Reiche ausgelöst. Ueberall besteht der feste unbeugsame Wille, die reaktionäre Militärkamarilla mit allen Mitteln zu bekämpfen und nicht hochkommen zu lassen. Von dieser Erregung und Empörung

wurde auch die Lübecker Arbeiterschaft ergriffen. Das zeigte sich schon am Sonnabend und steigerte sich am Sonntag durch die vielen falschen Meldungen der bürgerlichen Presse noch mehr. Wir haben durch mehrere Extrablätter die hiesige Bevölkerung von der wirklichen Lage unterrichtet.

Noch am Sonnabend abend tagte im Gewerkschaftshaus eine Versammlung, die voller Empörung war über den reaktionären Streich. Bis tief in die Nacht hinein war das Gewerkschaftshaus und die Hauptstraßen Lübecks mit erregten Menschen gefüllt. Am Sonntag vormittag fand abermals im Gewerkschaftshause eine Massenversammlung der Lübecker Arbeiterschaft statt, die von dem am Sonnabend eingesetzten Aktionsausschuß geleitet wurde. Es sprach je ein Redner der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen und der Kommunisten. Der mehrheitssozialistische und unabhängige Redner traten für ein geschlossenes, einheitliches Handeln des Proletariats zur Abwehr der Reaktion ein und fanden mit ihren Ausführungen begeisterte Zustimmung. Die Kommunisten, die zwar zunächst die Parole ausgaben: alle Macht den Arbeiterräten, erklärten auch am Schluß der Versammlung, die Einheitsfront der Arbeiterschaft in diesem Kampfe nicht stören zu wollen.

Einstimmig wurde beschlossen, sich hinter den Aktionsausschuß zu stellen und dessen Anordnungen zu folgen. Die Arbeit soll vorläufig nicht eingestellt werden.

Die Versammlung zeigte den einheitlichen und geschlossenen Willen der Arbeiterschaft, die Reaktion mit allen Mitteln zu bekämpfen und die Volksrechte zu verteidigen.

Am Nachmittage zeigten besonders die Johannisstraße, die Breite Straße und die Mengstraße ein ungewöhnliches und wogendes Bild. Mitglieder der Einwohnerwehr hatten ihre Gewehre über die Schulter gehängt, um im Notfalle sofort erfolgreiche Abwehrmaßnahmen ergreifen zu können.

Vor der Geschäftsstelle der Einwohnerwehr in der Mengstraße herrschte eine rege Bewegung. Die Arbeiter drängten sich zur Aufnahme in die Wehr. Zwei Kompagnien wurden neu gebildet. Anscheinend auf eine falsche Information hin erschien gegen 5 Uhr nachmittags auf dem Marienkirchhof ein Trupp Reichswehrsoldaten von der Marli-Kaserne mit Maschinengewehren. Nachdem ihnen Aufklärung gegeben war, daß die Ansammlung in der Mengstraße aus Personen der Einwohnerwehr bestehe, zogen sie mit ihren Maschinengewehren sofort wieder ab.

Wir richten an die Parteigenossen und an die Arbeiterschaft die dringende Mahnung, Ruhe zu bewahren und keine übereilte und unüberlegte Handlungen zu begehen. Ueberlegtes, klar durchdachtes Handeln ist heute mehr denn je nötig. Die Anweisungen des Aktionsausschusses, der das Vertrauen der Lübecker Arbeiterschaft besitzt, sind restlos, voll und ganz zu befolgen. Die Kräfte der Arbeiterschaft müssen durch den Aktionsausschuß organisiert und zusammengefaßt werden. Nur dann ist die Arbeiterschaft mächtig und unüberwindlich. In dieser schweren Schicksalsstunde muß das schaffende Volk Lübecks einig sein und eine einheitlich zusammengefaßte Kampffront bilden, um die reaktionären Pläne zu Schanden zu machen. Die Genossen müssen auch ein wachsames Auge auf ihre Umgebung haben, denn die Gegenrevolutionäre schicken ihre Spione aus, um die Lage und Stimmung im Volke auszukundschaften. Wir haben heute früh einen uns persönlich, aber nicht dem Namen nach bekannten früheren Offizier im Gewerkschaftshaus herumschnüffeln sehen. Wir möchten diesem Herrn raten, seine überflüssige Zeit anderweitig zu verwenden, denn der Ausgang des Gewerkschaftshauses ist ziemlich breit.

Eine notwendige Maßnahme der Behörden

ist, unverzüglich dafür zu sorgen, daß mit den vorhandenen Lebensmitteln kein Wucher getrieben wird. Will man zur Ruhe mit beitragen, dann darf man die vergrößerte Not — erzeugt durch die alldeutsch-militaristischen Verbrechen am Volke — nicht gewissenlosen Menschen zur Ausbeutung und Bereicherung überlassen. Die „Lübeckischen Anzeigen" illustrierten die ersten „Erfolge" ihrer Spießgesellen durch die Mitteilung, daß bereits am Sonnabend die Preise für Lebensmittel in Berlin um hundert Prozent gestiegen seien. Das darf hier nicht einreißen. Vorbeugende Maßnahmen sind unverzüglich zu treffen. Zwar behaupten die „L. Anz.", die Steigerung sei eine Ursache des Generalstreiks, verschweigen aber wohlweislich die Ursachen der Arbeitseinstellung. Würde die Wahrheit von dem Blatte gesagt, müßte es sich selbst ohrfeigen.

Die Möbelpreise

haben eine schwindelnde Höhe erreicht. In der Bevölkerung glaubt man vielfach, die Arbeiterlöhne seien daran schuld. Daß das nicht richtig ist, zeigt eine Zusammenstellung, die in der „Bauwelt" vom 26. Februar veröffentlicht worden ist. Danach wären gestiegen von 1914 bis jetzt:

1 Kubikmeter Buchenholz von 65 Mk. auf 1250 Mk.,
1 Kubikmeter Fichtenholz von 60 Mk. auf 1100 Mk.,
Spiegelgläser 60/32 oval von 3,50 Mk. auf 85 Mk.
Glasauflagen für Tische von 1,25 Mk. auf 25 Mk.,
Latten für Emballagen von 0,12 Mk. auf 2,75 Mk.,
100 Rollen Packpapier von 18 Mk. auf 400 Mk.

Am kleinsten erscheint hier die Steigerung für Fichtenholz, das jetzt „nur" 18mal so teuer ist wie vor dem Kriege; am größten für Spiegelgläser, die jetzt 24mal so teuer sind wie damals. Wie sind demgegenüber die Löhne gestiegen? Nach dem am 23. Januar für das Holzgewerbe gefällten Schiedsspruch des als Schlichtungsstelle berufenen Reichsarbeitsministeriums beträgt der Durchschnittsstundenlohn für Arbeiter und Arbeiterinnen über 22 Jahre in den einzelnen Ortsklassen:

Facharbeiter	2,90 Mk.	bis 4,20 Mk.,
Hilfsarbeiter	2,20 Mk.,	bis 3,25 Mk.,
Facharbeiterinnen	2,00 Mk.	bis 2,95 Mk.,
Hilfsarbeiterinnen	1,60 Mk.	bis 2,30 Mk.

Die Stundenlöhne dürften demnach höchstens auf das Fünffache gestiegen sein, während die Preise der Materialien durchschnittlich auf etwa das Zwanzigfache gestiegen sind.

*

Lohnbewegung der Buchdrucker. Heute früh haben die Buchdrucker den Prinzipalen ein Ultimatum gestellt. Da der Schiedsspruch von den Prinzipalen abermals abgelehnt wurde, gehen die Gehilfen örtlich vor. Sie verlangen vom nächsten Zahltag ab 60 Mark wöchentliche Teuerungszulage. Um 9 Uhr wurde in den Betrieben die Arbeit eingestellt. Der Volksbote hat die Forderungen bewilligt, mit den anderen Betrieben wird noch verhandelt.

Von der Schriftleitung der „Lübeckischen Anzeigen" und „Lübecker Zeitung", gez. M. Stavenhagen, geht uns nachfolgende Berichtigung zu: „In Nr. 62 des Volksboten sowie in dem von dieser Zeitung am Sonnabend verbreiteten Extrablatt findet sich die Bezeichnung „Lübsches Verschwörerblatt, die Lübeckischen Anzeigen". Dies wird damit zu begründen versucht, daß wir bei Ausgabe unseres ersten Extrablattes Informationen anfügen konnten des Inhalts, daß es nicht die Absicht der in Berlin vorgehenden Kreise sei, eine reaktionäre Regierung zu bilden, etwa die Sozialdemokratie auszuschalten oder dergl. Es wird durch diese Darstellung des Lübecker Volksboten die irreführende Ansicht erweckt, als hätten wir schon vorher etwas von dieser Unternehmung gewußt, mit ihr im Bunde gestanden oder dergl. Demgegenüber stellen wir fest, daß wir keinerlei Verbindung mit der Leitung des Unternehmens hatten, daß wir vollständig von den Ereignissen überrascht wurden und erst auf Anfrage nach Eingang der Meldung die von uns wiedergegebenen Informationen erhielten, deren Richtigkeit die später eingehenden Meldungen bestätigen. Wir weisen also hierdurch die Unterstellung, daß wir „mit von der Partie sind" sowie den beleidigenden Ausdruck „Verschwörer" schärfstens zurück." — Wir nehmen von dieser Darstellung des Sachverhalts geziemend Kenntnis. Im übrigen bleibt es jedem unbenommen, von dieser Darstellung der „Lüb. Anz." zu denken, was er will. Aus diesen Anlaß verweisen wir auf unsere Ausführungen in dem Artikel „Die lübsche Presse zur Gegenrevolution".

Lübeck und die 9. Reichswehrbrigade.

Der Führer der 9. Reichswehr-Brigade, von Lettow-Vorbeck-Schwerin, gibt bekannt, daß er sich der Rebellen-Regierung Kapp-Lüttwitz unterstellt hat. Er hat gleichzeitig eine Reihe Verordnungen erlassen, die auch für den Freistaat Lübeck Gültigkeit haben sollen. Da Senat und Bürgerschaft sich geschlossen hinter die alte Regierung gestellt haben, hat, wie wir erfahren, der Senat beschlossen, die Verordnungen der 9. Reichswehrbrigade nicht anzuordnen. Dieser Beschluß ist nur zu billigen.

Verhandlungen der alten mit der neuen Regierung.

Von der Hanseatischen Gesandtschaft in Berlin erhält der Senat die folgende Nachricht:

„General Merier, Kommandeur der Reichswehrbrigade Dresden, ist aus Dresden mit Vollmacht der bisherigen Regierung eingetroffen und verhandelt mit der Regierung Kapp auf folgender Grundlage: Umbildung der bisherigen Regierung, sofortige Ausschreibung der Reichstagswahlen und Rücktritt der Regierung Kapp."

Zu bürgerlichen Deputierten bei der Betriebsbehörde hat der Senat den Rechtsanwalt Dr. von Brocken wieder- und an Stelle des ausscheidenden Malermeisters Karl Heinsohn den Schlosser Karl Roß neugewählt.

Außenhandelsstelle für Papierwaren. Der Handelskammer sind von der genannten Außenhandelsstelle Richtlinien für die Ausstellung von Ausfuhranträgen zugegangen, die von Interessenten in der Kanzlei der Handelskammer eingesehen werden können.

Mittagsladenschluß. Von Dienstag, dem 16. März ab werden laut Beschluß des Verbandes Lübeckischer Kleinhandelsvereine die maßgebenden Kleinhandelsgeschäfte Lübecks mit Ausnahme der Zigarrengeschäfte mittags von 1 bis 3 Uhr geschlossen sein. Das Publikum wird sich an diese Regelung rasch gewöhnen. Erfahrungsgemäß ist der Umsatz in den Mittagsstunden verhältnismäßig sehr gering. In der jetzigen Verkaufszeit von 8 bis 1 und 3 bis 6 Uhr wird immer das ganze Personal anwesend sein, so daß das Publikum besonders in der Zeit von 12 bis 1 Uhr, in der früher meist das halbe Personal zu Tische gegangen war, besser als bisher wird bedient werden können.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich am Sonntag mittag in dem Hause Johannisstraße 42. Ein erwachsener junger Mann hantierte mit einem Revolver, der einem dort wohnenden Mitgliede der Reichswehr gehörte. Plötzlich entlud sich die Waffe. Die Kugel traf das im Zimmer beschäftigte 15jährige Mädchen Rosa Thiel so unglücklich, daß es auf dem Transport zum Krankenhause bereits verstarb. Dieser traurige Vorfall sollte allen zur Vorsicht und Warnung dienen.

T. **Eine Sängerversammlung,** welche vom Bezirksvorstand des Deutschen Arbeitersängerbundes einberufen wurde, tagte am Sonnabend bei F. Lender. Herr Blankenfeld-Hamburg hielt einen Vortrag über die Bedeutung des Gesanges. Redner leitete seine Ausführungen mit einer eingehenden Darstellung der Entwickelung des Gesanges bei den alten Völkern ein. Das melodische gesprochene Wort wurde mit Hilfe der Notenschrift durch einen Mönch von China auch nach Europa verpflanzt. In der katholischen Kirche fand der Gesang besondere Pflege, indem die Mönche Stimmbegabte zu Vorsängern heranbildeten. Auch Begleitinstrumente verstand man zu schaffen, mit deren Hilfe herumziehende Sänger auch dem Volk diese Kunst zugänglich machten. Aus dem Minnegesang entwickelte sich der Volksgesang. Durch das Volkslied kamen die Gefühle, die einen beseelten, zum Ausdruck. Hans Sachs, als Dichter und Komponist, förderte das deutsche Volkslied in hervorragender Weise. Den mehrstimmigen Gesang kannte man nur in gebildeten Kreisen. Erst die Erfindung der Buchdruckerkunst brachte einen Fortschritt in der Entwicklung der Notenschrift und ihre Kenntnis in weiten Kreisen des Volkes. Die ersten Arbeitergesangvereine wurden erst in den 60er Jahren gegründet. Zur Zeit des Sozialistengesetzess fand der Zusammenschluß der Arbeiter in Liedertafeln statt, in welchen Freiheitslieder besonders gesungen wurden. Die Gründung einer Liedergemeinschaft, welche der Vorläufer des Deutschen Arbeitersänger-Bundes war, bewirkte erst den Zusammenschluß zu größeren Chören, welcher als ein Fortbildungsmittel zu bezeichnen ist. Der deutsche Arbeiter konnte sich von den kleinen Gesangvereinen nicht frei machen. Auch heute ist es deshalb unverständlich, weil sich die Arbeiter zu großen Gesangvereinen nicht zusammen schließen. Auch hier in Lübeck könnte neben dem Chorverein noch ein großer Gesangverein durch Zusammenschluß der kleinen Gesangvereine bestehen, da doch noch eine Anzahl von Gesangvereinen ein bescheidenes Dasein fristet. Mit dem Hinweis, daß es Pflicht der Arbeitergesangvereine ist, auch dem deutschen Arbeitersänger-Bund sich anzuschließen, schloß der Vortragende die beifällig aufgenommenen Ausführungen. In der darauffolgenden Aussprache wurde betont, daß von seiten des Bezirksvorstandes versucht sei, durch Agitation die kleinen Gesangvereine zum Anschluß an den Chorverein zu bewegen, jedoch ohne Erfolg. Sie scheinen die Zeit noch nicht begriffen zu haben. Man muß aber trotzdem die Agitationsarbeit fortsetzen, bis die bessere Einsicht den Erfolg zeitigt.

Drei Schreibmaschinen gestohlen. In der Nacht zum 14. d. Mts. sind aus einem Kontor in der Kanalstraße drei Schreibmaschinen folgender Marken gestohlen: Ideal, Fabriknummer 20119, Urania, Fabriknummer 17622 und Underwood ohne Nummer. Die beiden ersteren Maschinen sind fast neu, während die letztere ziemlich abgebraucht ist. Mit den Maschinen sind auch die Schutzkästen aus Holz bezw. Blech gestohlen. Die geschädigte Firma setzt für die Wiederherbeischaffung einer jeden Maschine 1000 Mk. Belohnung aus.

Angrenzende Gebiete.

Was deutsch ist, muß deutsch bleiben!

Schleswig. Der deutsche Ausschuß für das Herzogtum Schleswig gibt das Abstimmungsergebnis in der zweiten nordschleswigschen Zone bekannt. Danach stimmten in der Stadt Flensburg **27 058 Stimmberechtigte für Deutschland** und 8935 für Dänemark. — In Flensburg Land 6751 Stimmberechtigte für Deutschland und 1421 für Dänemark. Kreis Tondern **16 631 für Deutschland,** 2306 für Dänemark. Husum **643 für Deutschland,** 75 für Dänemark. Insgesamt stimmten somit 51 073 Wähler für Deutschland und 12 736 für Dänemark.

Kiel. Drei Oberbürgermeisterkandidaten stellten sich Mittwoch einer öffentlichen Wählerversammlung vor und erörterten ihr Programm. Da dieses die wirtschaftlichen Fragen Kiels als Hafenstadt in erster Linie betrifft, wollen wir einige Sätze daraus entnehmen. Nachdem Stadtv.-Vorsteher Genosse Spiegel betont hatte, es werde kein Kiel geben ohne Nutzbarmachung des Hafens, ohne die Korsör-Linie, ohne unsere Vogelfluglinie Kiel—Neumünster—Altona, erklärte der erste zu Wort kommende Bewerber, Rechtsrat Dr. Weiß-Nürnberg, Kiel werde durch den Verlust der Marine viel schwerer getroffen als andere gleich große Industriestädte. Es müsse sich selbst rühren, seine Bevölkerung und sein Bürgermeister müssen sich ein großes Ziel setzen, das heißen soll: Kiel muß die Konkurrentin Kopenhagens werden. Das ist in jahrelanger Arbeit zu erreichen. Die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, die Herstellung der Kiel—Holtenauer Bahn mit Gleisanschluß für neu zu errichtende Fabriken, Schnellbahn Kiel-Hamburg, Verbesserung der Kiel-Korsör-Linie und der Eisenbahnverbindungen nach dem Westen der Provinz, Bau von Lagerhäusern, namentlich eines Getreidesilos; dazu kommen die Nutzbarmachung der Marineanlagen durch Ueberlassung des Marinekohlenhofes in der Wik mit Nebenanlagen an die Stadt zur Erweiterung des Handelshafens, Förderung der Industrie durch Anlegen von Fabriken im Kanal bei Projensdorf, im Westen und Süden der Stadt und in der Hörn, namentlich aber die Errichtung eines Freihafens, welcher von entscheidender Bedeutung für Kiel werden wird. Kiel muß Umschlaghafen für die Ostsee werden und ist vermöge seiner glänzenden Hafenanlagen hierzu von Natur aus besonders begünstigt. Der Einbruch fremder Staaten in das deutsche Interessengebiet der Ostsee muß möglichst ausgeschaltet werden, darum hat auch das Reich größeres Interesse am Wiederaufblühen Kiels. Wir müssen unsere Monopolbetriebe zu finanziellen Stützen des städtischen Haushalts machen. Man wird vor allem heranziehen müssen: den Grund und Boden, um aus ihm der Allgemeinheit entsprechende Beträge zuzuführen. Die im Grundstücksverkehr gemachten unverdienten Gewinne gehören der Allgemeinheit. Ein gutes Einvernehmen mit der städtischen Arbeiterschaft sei notwendig. In der Frage der Kommunalisierung kann nicht mit Schlagworten operiert werden. Hier zeigt Kautsky in seiner bekannten Broschüre die richtigen Wege. Der ganze Wohnungsmarkt ist in die Hände der Gemeinde zu bringen. In der Lebensmittelversorgung sei die städtische Produktion auch auf eigene landwirtschaftliche Betätigung anzustreben. Oberbürgermeister Dr. Lueken (Rüstringen) konnte damit aufwarten, daß es ihm in seinem Wirkungskreis möglich war, die Steuerzuschläge, die 400 Proz. betrugen, als er nach Rüstringen kam, auf 186 Proz. herabzudrücken und ohne einen Pfennig Schulden durch den Krieg zu kommen. Er sieht für den Handel Kiels günstige Chancen. Die Lage Kiels ist vergleichbar derjenigen Kopenhagens oder Port Saids am Suez-Kanal. Plätze am Wasser haben eine gesunde Zukunft, sofern sich energische Männer ihrer Aufgaben annehmen. Der dritte Bewerber war Dr. Glücksmann (Guben). — Wie man sieht, herrscht in den Ostseestädten eifriges Bestreben, vom Wiederbeginn des Ein- und Ausfuhrhandels größtmöglichen Anteil zu erlangen. Dabei wird Lübeck scharf aufpassen müssen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Aus dem Versicherungsgewerbe.

Durch Schiedsspruch des Herrn Reichsarbeitsministers ist der Lohnstreit im Versicherungsgewerbe beendigt. Was bringt nun dieser Schiedsspruch den Versicherungsangestellten? Man sollte doch annehmen, daß wenigstens das Existenzminimum, welches in dieser schweren Zeit zum Lebensunterhalt erforderlich ist, erreicht wird. Aber weit gefehlt. Ein verheirateter Angestellter im 26. Lebensjahre erhält z. B. in Klasse III (unter welche die Mehrzahl der Angestellten fällt) nach 5 Dienstjahren ein monatliches Gehalt von 352,50 Mk., kommt hinzu 720 Mk. Verheiratetenzulage sowie ein Urlaubsgeld und eine Winterbeihilfe in Höhe eines Monatsgehaltes, so daß sich das Gesamteinkommen auf monatlich 471,35 Mk. stellt. Wie man mit diesen Bezügen auf anständige Art und Weise durchkommen soll, ist dem Herrn Arbeitsminister wohl selbst nicht klar. In gar keinem Verhältnis zu den Gehältern der Angestellten stehen die Bezüge der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder. Die größte Verwunderung hat aber die Begründung des Schiedsspruches erregt, denn in demselben wird von gesunkener Leistungsfähigkeit der Gesellschaften gesprochen. Gerade die Jahre 1918/19 waren jedoch Hochkonjunktur im Versicherungsgewerbe, sodaß für das Jahr 1918 eine Dividende von teilweise 35 Proz. und mehr verteilt werden konnte. Nur durch die äußerste Not gezwungen, haben sich die Angestellten zur Annahme des Schiedsspruches bereit erklärt, in der bestimmten Erwartung, daß umgehend entsprechende Teuerungszulagen gewährt werden. Sollte diese ihre Hoffnung getäuscht werden, so müßten sie allerdings zur Selbsthilfe greifen und mit allen Mitteln die Verstaatlichung anstreben. Es muß den Herren Aktionären gezeigt werden, daß die Zeit, in denen nur der Geldbeutel eine Rolle spielte, ein für allemal vorbei ist. up.

Für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Nachrichten „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Otto Friedrich; für die Rubrik „Aus dem Freistaat Lübeck" verantwortlich: Hermann Bauer.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Bekanntmachung

zu der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 1903).

Auf Grund des § 2 der Verordnung über die Verwendung des Mehrerlöses aus den Häuten von Schlachtvieh und Schlachtpferden vom 26. November 1919 (R.-Gesetzbl. S. 1903) werden für die Zeit vom 15. März bis 18. April 1920 einschließlich folgende Sätze als Häutezuschlag, der mindestens an den Tierhalter zu bezahlen ist, für den Zentner Lebendgewicht festgesetzt:

für Rinder, ausgenommen Kälber	Mk. 90,00
„ Kälber	„ 214,20
„ Schafe mit vollwolligen, halblangen und kurzwolligen Fellen	„ 138,00
„ Schafe mit Blößen	„ 121,80
„ Pferde einschließlich Fohlen, Esel, Maultiere und Maulesel	„ 62,40

Berlin, den 9. März 1920.

Reichsfleischstelle
Verwaltungsabteilung.
Der Vorsitzende:
In V.
gez. Dr. Klumpp.

2977

Bekanntmachung betr. Luxussteuer.

Auf Grund einer Verfügung des Reichsministers der Finanzen vom 19. Februar 1920 ist den luxussteuerpflichtigen Kleinhandelsbetrieben gestattet, diejenigen Gegenstände, die am 31. Dezember 1919 in ihrem Besitze waren und daher weiterhin beim Verkauf einer 10prozentigen Steuer unterworfen sind, ohne Rücksicht auf den Verkauf in einer Summe zu versteuern. Steuerpflichtige, die von diesem Rechte Gebrauch machen wollen, haben spätestens in der am 1. April 1920 fälligen Steuererklärung den gesamten Bestand in den vorerwähnten Gegenständen ohne Rücksicht auf den Absatz anzugeben. (2976

Lübeck, d. 11. März 1920.

Das Umsatzsteueramt.

Gute hocharm. Nähmaich. f. Hd- u. Fußbtr. u. 1 P. kg. Stief., Gr. 43, zu verk. (2986) Fleischhauerstr. 26. pt.

Steifer schw. Herrenhut Gr. 56, schw. Glacéhandsch. zu verkaufen. 2968
Stockelsdorf, Lohstr. 58.

Schwarz. Herrenfilzhut zu verkaufen. Passend für Konfirmand. (2990
Johannisstr. 40 (Druckerei).

Sofa 190 Mk., Schrank 80, Stühle Stck. 10, Tisch 20 Mk. Unt- u. Oberbett füll. z. verk. 2984) Schönböcken. Str. 18.

Dung zu verk. (2985
L. Stoßen. Ballastfuhl 3.

Zu verk. ein Kinder-Kopfstuhl. (2979
Mittelstr. 9a.

Zylinder, Größe 54, zu verkaufen. (2981
Fenrirstr. 2, I.

Trauring, Mr., z. e. Holz-Kinderbett, z. verk. (2983
Stiftbaum. Marlesgr. 37/16.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlds.

Versammlung

sämtlicher in der

Konservenbranche beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen

am Montag, d. 15. März,
abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshaus,
Johannisstraße 50/52.

Tages-Ordnung:

Unser neuer Lohntarif.

Vollzähliges Erscheinen ist erwünscht.

NB. Die Lohnkommission versammelt sich um 7 Uhr im Gewerkschaftshaus.

2999) **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlds.

Verwaltungsstelle Lübeck

Mitglieder-Versammlung

am Dienstag, 16. März, abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus
Johannisstr. 50—52.

Tagesordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Das Betriebsrätegesetz.
3. Sonstige Verbandsangelegenheiten.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht

3000) **Die Ortsverwaltung.**

Sozialdemokratischer Verein.

Morgen Dienstag, den 16. März,
abends 7½ Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Tagesordnung:

1. **Der Staatsstreich der Reaktion.**
2. **Die Maifeier.**
3. Innere Vereinsangelegenheiten. 3001

Mitgliedsbuch vorzeigen!

Der Vorstand.

Zentralhallen

Morgen Dienstag: Gr. Tanzkränzchen.
2996 **Sonntag: Gr. Tanzkränzchen.**

Luisenlust

Telephon: 8170. 2963

Morgen: Großes Tanzkränzchen. Anfang 6 Uhr.
Freitag: Ball. Anfang 7 Uhr.

Aufruf.

Nach dem Versailler Friedensvertrage sind bei den Abstimmungen in Schleswig, Ost- und Westpreußen sowie in Oberschlesien viel Tausende von Deutschen stimmberechtigt, die verstreut im Reiche wohnen. Damit sie von ihrem Abstimmungsrecht gemäß den im Friedensvertrag festgesetzten Normen Gebrauch machen können, müssen sie die Reise in die Abstimmungsgebiete antreten, um in ihrem Geburtsort abzustimmen. Die dadurch entstehenden Kosten aufzubringen, ist Sache des ganzen deutschen Volkes. Die Mittel sollen durch eine freiwillige Sammlung, die „Grenzspende des Deutschen Schutzbundes für die Grenz- und Auslandsdeutschen", beschafft werden, um dadurch den Grenzdeutschen in den Abstimmungsgebieten zu zeigen, daß das ganze Vaterland bereit ist, diese Gebiete bei Deutschland zu erhalten.

Dieses Streben eint alle Deutschen ohne Unterschied der Partei.

Auch Lübecks Bevölkerung muß ihre ganze Kraft einsetzen zur Durchführung der großen politischen Aufgabe: Erhaltung der Abstimmungsgebiete beim Reiche!

Beiträge zur Grenzspende nehmen alle Lübecker Banken entgegen.

Die Handelskammer.
Herm. Eschenburg, Präses. — Dr. Horn, Syndikus.

Die Gewerbekammer.
Heinr. Thiel, Vorsitzender. — Dr. Allendorf, Konsulent.

Die Landwirtschaftskammer.
F. C. Lauenstein, Vorsitzender. (2967

Gemeinnützige Siedlungsgenossenschaft.

Außerordentliche

Mitgliederversammlung

in den Zentral-Hallen, Dankwartsgrube.
Montag (in acht Tagen), d. 22. März, abends 7¼ Uhr.

Tagesordnung:

1. Ersatzwahlen zum Aufsichtsrat und Vorstand.
2. Festsetzung der Beleihungsgrenze (gemäß § 31,7).
3. Vortrag von Herrn Gartenbauinspektor Maaß: **„Wie richten wir unsern Garten ein?"**
4. Mitteilungen des Vorstandes (Bezirksversammlungen)
5. Verschiedenes.

2966) **Der Aufsichtsrat.**

Das größte u. modernste Lichtspiel-Theater am Platze

Vom 12.—18. März:

Spitzen.

5 Akte nach dem Roman von **Karl Lindau.**

Die Jüdin.

Drama in 5 Akten.

2980

Das rosa Trikot

Lustspiel in 3 Akten. In der Hauptrolle **Henry Bender** und **Victor Jansen.**

Aufführungszeiten: 4—7 Uhr und 7—10 Uhr.

Fledermaus

Fünfhausen 17/19. **Fernsprecher 842.**

Ganz Lübeck 2998
spricht von den

Jainczikks

Kunstproduktionen u. Tänze auf künstlicher Eisbahn.

Außerdem 7 Weltattraktionen!

2 Orchester: Leitung **Simon de Weille.**

Täglich 4-Uhr-Tee.

Auftreten der Künstler. **Weille Konzert.**

Sozialdemokratischer Verein Lübeck.

Ortsgruppe Schönböcken.

Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, d. 17. März abends 7½ Uhr
im Lokale „Steinrader Baum".

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen **Planthafer, Lübeck.**
2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwartet

3002) **Der Vorstand.**

Zentralverband der Zimmerer.

Bezirk Lübeck.

Versammlung

am Dienstag, dem 16. März
abends 7 Uhr,
im Lokale von Friedr. Lender, Hundestr. 41.

Tagesordnung:

Stellungnahme zur Erhöhung der Streik- und Erwerbslosenunterstützung.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

2982) **Der Vorstand.**

Hansa-Halle.

Morgen Dienstag: (2994

Gr. Tanzkränzchen.

Hansa-Theater

2983

Montag
Dienstag
Mittwoch

Der Graf von Monte Christo.

Großes Sensationsstück.

Stadttheater Lübeck

(2978

Dienstag, den 16. März:
25. Vorst. im Dienst-Abonn.

Falstaff.

Mittwoch, den 17. März:
24. Vorst. i. Mittw.-Abonn.

Coriolanus.

Donnerstag, den 18. März:
Schauspielgemeinde.
Gelbe Karten.

Alkestis.

Beilage zu Nr. 63.
27. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Montag, den 15. März 1920

Ueber den historischen Materialismus.

Nach unveröffentlichten Briefen Friedr. Engels.
Von Dr. Werner Peiser.

Die Verwirrung innerhalb der Sozialdemokratie ist so groß, und die Angriffe gegen ihr theoretisches Lehrgebäude, denen sie von rechts und links ausgesetzt ist, sind so zahlreich, daß es lohnt, wieder einmal auf Kernfragen des Sozialismus einzugehen. Auch hier zeigt sich das alte Erfordernis, daß wahrhaft wissenschaftliche Forschung auf die Quellen zurückgehen müsse, um produktive Ergebnisse zu fördern. Ein freundlicher Zufall fügte es, daß ich durch meinen Redaktionskollegen, Dr. Franz Diederich, dieser Tage einige Briefe von Friedrich Engels zu eigen erhielt, die in einem Privatdruck nur in ganz wenigen Exemplaren vorhanden sind und deshalb besonderes Interesse für sich in Anspruch nehmen dürften. Sie sind besser geeignet als ausführliche Geschichtswerke, die Ansicht unseres großen Friedrich Engels über die von ihm und Marx so benannte „materialistische Geschichtsauffassung" klarzulegen. Die Briefe stammen durchweg aus dem Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts.

Auch heute noch suchen bürgerliche Oekonomen uns mit den gleichen Mitteln zu bekämpfen, die schon vor Jahrzehnten beliebt waren. Sie erklären den historischen Materialismus für falsch, weil er das gesamte Geschehen ausschließlich auf wirtschaftliche Ursachen zurückführe. Dem Hauptsprecher dieser Richtung, dem Leipziger Dozenten Dr. Paul Barth, der in einer Schrift als „Widerleger" der Marx-Engelsschen Geschichtsauffassung aufgetreten war, erwidert Engels:

„Wenn Barth meint, wir leugneten alle und jede Rückwirkung der politischen usw. Reflexe der ökonomischen Bewegung auf diese Bewegung selbst, so kämpft er einfach gegen Windmühlen."

In einem anderen Brief, den unser Meister an Studenten schrieb, die sich um Auskunft an ihn wandten, führt er folgendes einleitend aus:

„Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens. Mehr hat weder Marx noch ich je behauptet. Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase. Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Ueberbaues — politische Formen des Klassenkampfes und seiner Resultate — Verfassungen, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. — Rechtsformen und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren weitere Entwickelung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf ihrer geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten (d. h. von Dingen und Ereignissen, deren innerer Zusammenhang untereinander so entfernt oder so unnachweisbar ist, daß wir ihn als nicht vorhanden betrachten, vernachlässigen können) als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt."

Den Begriff der Wechselwirkung hält Engels für so wichtig für die von ihm gelehrte Geschichtsbetrachtung, daß er auf ihn immer erneut zurückkommt. So führt er in einem anderen, im Jahre 1894 gleichfalls an einen ratsuchenden Studenten gerichteten Brief folgendes aus:

„Die politische, rechtliche, philosophische, religiöse, literarische, künstlerische usw. Entwickelung beruht auf der ökonomischen. Aber sie alle reagieren auch auf einander und auf die ökonomische Basis. Es ist nicht, daß die ökonomische Ursache allein aktiv ist und alles andere nur passive Wirkung. Sondern es ist Wechselwirkung auf Grundlage der in letzter Instanz sich stets durchsetzenden ökonomischen Notwendigkeit."

Es ist dem Sozialismus oft zum Vorwurf gemacht worden, daß seine entschiedene Betonung des wirtschaftlichen Moments einen gewissen Fatalismus herbeizuführen geeignet sei, weil unsere Auffassung von dem dialektischen Gang der Entwicklung die positive Mitwirkung der Menschen ausschalte oder doch im wesentlichen überflüssig mache. Diese Anschauung aussprechen bedeutet das Wesen des historischen Materialismus verkennen. Die Mitwirkung der Menschen als der Träger des Produktionsprozesses wird von Engels im Verlaufe des einen kurzen Briefes dreimal hervorgehoben:

„Es ist .... nicht, wie man sich hier und da bequemerweise vorstellen will, eine automatische Wirkung der ökonomischen Lage, sondern die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber in einem gegebenen, sie bedingenden Milieu auf Grundlage vorgefundener tatsächlicher Verhältnisse, unter denen die ökonomischen, so sehr sie auch von den übrigen politischen und ideologischen beeinflußt werden mögen, doch in letzter Instanz die entscheidenden sind und den durchgehenden allein zum Verständnis führenden roten Faden bilden."

In diesem Zusammenhang kommt Engels auf die Frage des Einflusses der Einzelpersönlichkeit auf den Verlauf der Geschichte zu sprechen und da über diesen Punkt auch heute noch in den Kreisen unserer Parteigenossen und erst recht bei unseren bürgerlichen Gegnern große Unklarheit herrscht, dürfte die Einstellung dieser Männer in die Gesamtwertung von Interesse sein:

„Die Menschen machen ihre Geschichte selbst, aber bis jetzt nicht mit Gesamtwillen nach einem Gesamtplan, selbst nicht in einer bestimmt abgegrenzten gegebenen Gesellschaft. Ihre Bestrebungen durchkreuzen sich, und in allen solchen Gesellschaften herrscht eben deswegen die Notwendigkeit, deren Ergänzung und Erscheinungsform die Zufälligkeit ist. Die Notwendigkeit, die hier durch alle Zufälligkeit sich durchsetzt, ist wieder schließlich die ökonomische. Hier kommen dann die sogenannten großen Männer zur Behandlung. Daß ein solcher und gerade dieser, zu dieser bestimmten Zeit in diesem gegebenen Lande aufsteht, ist natürlich reiner Zufall. Aber streichen wir ihn weg, so ist Nachfrage da für Ersatz, und dieser Ersatz findet sich, tant bien de mal (wohl oder übel), aber er findet sich auf die Dauer. Daß Napoleon, gerade dieser Korse, der Militärdiktator war, den die durch eigenen Krieg erschöpfte französische Republik nötig machte, das war Zufall; daß aber in Ermangelung eines Napoleon ein andere die Stelle ausgefüllt hätte, das ist bewiesen dadurch, daß der Mann sich jedesmal gefunden, sobald er nötig war: Cäsar, Augustus, Cormwell usw. Wenn Marx die materialistische Geschichtsauffassung entdeckte, so beweisen Thierry, Mignet, Guizot, die sämtlichen englischen Geschichtsschreiber bis 1850, daß darauf angestrebt wurde, und die Entdeckung derselben Aufgabe durch Morgan beweist, daß die Zeit für sie reif war und sie eben entdeckt werden mußte."

Es ist im Rahmen dieser Ausführungen nicht möglich, auf weitere Aeußerungen unseres großen Lehrers einzugehen, so lockend auch diese Aufgabe ist. Schon diese kurzen Zitate dürften den Nachweis erbracht haben, daß der historische Materialismus anders aussieht, wie er sich in den Köpfen seiner Gegner darstellt, und diesen möchten wir den Rat geben, den Engels in einem der hier erwähnten Briefe seinen Schülern gibt: „Des weiteren möchte ich Sie bitten, diese Theorie in Originalquellen und nicht aus zweiter Hand zu studieren, es ist wirklich viel leichter."

Die Volkshochschule in Gefahr!

Aus Kreisen, die der Volkshochschule nahestehen, wird uns geschrieben: Die Gründung der Volkshochschule in Lübeck war ein gewaltiger Kulturfortschritt, ist sogar als eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution zu bezeichnen. — Der alte Obrigkeitsstaat hatte dem Volke die Teilnahme an den geistigen Gütern der Menschheit versagt. Im neuen Deutschland sollte das anders werden! Die Kulturgüter gehören fortan dem ganzen Volke! Um nun allen Volksschichten die Teilnahme an den geistigen Gütern zu ermöglichen, und sie für das Verständnis von Wissenschaft und Kunst heranzubilden, wurde die Volkshochschule ins Leben gerufen. Ehe man jedoch den Aufbau der eigentlichen „kulturellen" Volkshochschule beginnen konnte, mußte man zunächst die Vorbedingungen hierfür schaffen; dazu gehört vor allen Dingen der gründliche Unterricht im Lesen, Rechnen und Schreiben. Die auf der Volksschule vermittelte unvollständige Elementarbildung aufzufrischen und zu vervollkommnen, ist die erste Aufgabe der Volkshochschule, um den Arbeiter, den Angestellten, den unteren und mittleren Beamten zum Verständnis aller Kulturgüter zu befähigen. So soll auch die in der Vorstufe des Unterrichtsplanes unserer Volkshochschule geschaffene Einrichtung von Elementarfächern dazu dienen, erst einmal die abgestumpften und schlummernden geistigen Kräfte bei den breiten Massen des Volkes — eine natürliche Folge der in unsrere Wirtschaftsordnung bedingten einseitigen Arbeitsweise — wieder zu wecken und das geistige Räderwerk langsam wieder in Tätigkeit zu bringen. Dazu wurde die Volkshochschule auf die breiteste demokratische Grundlage gestellt, und der Hörerschaft dadurch ein Mitbestimmungsrecht im weitesten Maße gesichert. Was war natürlicher als das!? Ist doch die Volkshochschule eine Einrichtung, die aus dem Streben des Volkes nach Bildung hervorgegangen ist. Also ist die Hörerschaft die eigentliche Trägerin des Volkshochschulgedankens! Der Arbeiterbildungsverein, der bereits lange Jahre vor dem Kriege einen heißen Kampf um die Volksbildung geführt hatte, legte den Grundstein zum Bau der Volkshochschule.

In der neuen Reichsverfassung findet die Volkshochschule ihren Schutz und ist darin deren Förderung durch Reich, Länder und Gemeinden gewährleistet. Leider scheint nun aber der Lübeckische Staat für unsre Volkshochschule nur geringes Interesse und wenig Verständnis zu haben. Den für das Rechnungsjahr 1920 geforderten Staatszuschuß von 85 000 Mk. glauben unsere zuständigen Lübecker Behörden — angeblich wegen der schlechten Finanzlage — nicht bewilligen zu können und die Volkshochschule mit einem Zuschuß von 30 000 Mk. abspeisen zu dürfen. Zur Deckung der gestrichenen 55 000 Mk. wurde dem Verwaltungsausschuß von Vertretern des Staates der Vorschlag gemacht, nochmals an die Hörerschaft mit dem Ersuchen um eine weitere Erhöhung der Hörergebühr heranzutreten. Dieser Vorschlag wurde aber vom Verwaltungsausschuß mit der Begründung zurückgewiesen, daß die Hörerschaft bereits in eine Erhöhung der Gebühr auf 8 Mk. für jedes Lehrfach eingewilligt habe; die Mehrzahl der Hörer wäre jedoch nicht geneigt, einen höheren Betrag zu zahlen, da es bei der riesenhaft fortschreitenden Preissteigerung der Lebensmittel den Arbeitern und Angestellten auf die Dauer nicht möglich wäre, eine hohe Gebühr für Bildungszwecke zu erübrigen. Der Besuch der Volkshochschule würde alsdann bedeutend abnehmen, und es drohe die Gefahr, daß die Volkshochschule ihren volkstümlichen Charakter verliere. Die von gewisser Seite angestrebte „kulturelle" Volkshochschule wäre dann geschaffen, und die Teilnahme an den geistigen Gütern des Volkes würde den Kreisen, für die die Volkshochschule hauptsächlich bestimmt ist, d. h. den Arbeitern, Angestellten, unteren und mittleren Beamten wiederum gesperrt sein. Auch das Lehrerhonorar erscheint den Behörden zu hoch angeschlagen; doch jeder einsichtige Hörer weiß, daß es auch dem Lehrer bei den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen nicht möglich ist, mit genügendem Interesse und dem nötigen Eifer in den Wissenschaften zu unterrichten, wenn er schlecht honoriert wird. Darum hält auch der Arbeiter ein Lehrerhonorar von 15 Mk. für bescheiden.

Nach Ansicht der Behörden wäre mit geringeren Mitteln auszukommen, wenn die Volkshochschule auf eine andere Grundlage gestellt würde. Das heißt aber nichts anderes, als die Selbstverwaltung und damit den demokratischen Aufbau der Volkshochschule preisgeben. Dann wird auch eine Einschränkung und baldige Beseitigung der Vorstufe im Unterrichtsplane (unter anderem die Pflege der deutschen Sprache!) erfolgen müssen. Also die „kulturelle Volkshochschule" ist die Losung — um das Volk wieder einmal um eine wichtige Errungenschaft der Revolution zu bringen. — Darum wäre es Pflicht unserer Volksvertretung, diese Angelegenheit zu prüfen, und zwar bald, bevor es zu spät ist, denn — die Volkshochschule ist in Gefahr!

Aus dem Freistaat Lübeck.

Montag, 15. März.

Wucher mit Bekleidungs- und Bedarfsgegenständen aller Art.

Trotz aller Lohn- und Gehaltserhöhungen, die kein Ende nehmen können auf Grund der fortgesetzten Steigerung aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände, wird die Lebenshaltung aller gegen Entgelt Beschäftigten dauernd schlechter. Alle Lohnerhöhungen, seien sie für Beamte oder Arbeiter, treten erst ein, nachdem die Preise für Lebensmittel erhöht sind und die teuren Preise von dem bisherigen niedrigen Lohn haben getragen werden müssen. Fast alle Lohnerhöhungen legen nur Bedacht darauf, die Löhne mit der erfolgten Preissteigerung in Einklang zu bringen; nur selten wird bei Festsetzung der Löhne auf die Preissteigerung von Bekleidungsgegenständen und anderen unentbehrlichen Gebrauchsobjekten in den Familien Rücksicht genommen. Wie sieht es aber in denjenigen Haushaltungen aus, die seit jeher von der Hand in den Mund leben mußten, die nicht in der Lage waren, sich auf Jahre hinaus mit Unter- und Oberkleidern, Schuhzeug, Bett- und Leinenzeug zu versorgen, deren Leben aber immer aus Arbeit bestand und weiter bestehen wird? Alle Winkel in den Wohnungen sind nun schon seit Jahren durchgesucht. Vieles, was schon in die Ecke gelegt war, wurde hervorgeholt, geflickt, gewendet, zusammengestückt und wieder gebrauchsfähig gemacht. Doch die Winkel sind jetzt leer. Eine erhoffte Besserung ist nicht eingetreten. Der Wucher mit Bekleidungsgegenständen hat beständig schärfere Formen angenommen.

Wer sich halbwegs anständig kleiden will, muß für einen Anzug heute mindestens 1000 Mark anlegen, dann ist der noch lange nicht vom besten Ende. Noch genau so schlimm sieht es mit anderen Bekleidungsgegenständen aus. Ein Pfund Sohlleder kostet 100 Mark und darüber. Will oder muß man ein Paar Arbeitsstiefel besohlen lassen, so gebraucht man mindestens dazu 250 Gramm, so daß man für das Leder ohne Arbeitslohn allein schon 50 Mark zahlen muß. Wehe aber, wenn die Stiefel vertragen, für die zu verrichtende Arbeit aber unbedingt gute Stiefel erforderlich und unentbehrlich sind. Schwarz vor Augen wird dem werden, der gezwungen ist, sich Stiefel anfertigen lassen zu müssen. Da die Preissteigerung in diesen Artikeln so fortgeht, ist es bereits soweit gekommen, daß Land-Arbeiter wegen Mangels an Fußbekleidung beim besten Willen nicht mehr in der Lage sind, die ihnen übertragenen Arbeiten ausführen zu können.

Der Wucher auf diesem Gebiete hat Formen angenommen, die ins Reich der Fabel gehören. Kaufkräftig sind auf diesem Gebiet nur noch Geldleute, Kriegsgewinnler, Wucherer und Schieber. Der Staatsbürger, der sein Dasein ehrlich von seiner Hände Arbeit fristen will, wird bald nicht mehr in der Lage sein, die allernotwendigsten Ergänzungen an seiner Bekleidung vorzunehmen und in Lumpen gehüllt und barfuß einhergehen müssen.

An diesen Zuständen trägt der Wucher die meiste Schuld. Die Lederfabriken haben unerhörte Wuchergewinne eingeheimst. Bis zu 40 Prozent Dividende wurden verteilt. Nur rücksichtslose Bekämpfung des Wuchers auf dem Gebiete der Lederfabrikation, der Textilwaren und auf allen anderen Gebieten kann Besserung bringen und das Wirtschaftsleben in gesundere ruhigere Bahnen lenken.

Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

17. Fortsetzung.

Daheim indessen wartete meiner ein Kunde, so meines Lebens Schuld und Buße gleich einem Blitze jählings aus dem Dunkel hob, daß ich Glied um Glied die ganze Kette vor mir leuchten sahe.

Mein Bruder, dessen schwache Konstitution von dem abscheulichen Spektakul, dem er heute assistieren müssen, hart ergriffen war, hatte sein Bette aufgesucht. Da ich zu ihm eintrat, richtete er sich auf. „Ich muß noch eine Weile ruhen", sagte er, indem er ein Blatt der Wochenzeitung in meine Hand gab. „Aber lies noch dieses! Da wirst du sehen, daß Herrn Gerhardus' Hof in fremde Hände kommen, maßen Junker Wulf ohn' Weib und Kind durch eines tollen Hundes Biß gar jämmerlichen Todes verfahren ist."

Ich griff nach dem Blatte, das mein Bruder mir entgegenhielt; aber es fehlte nicht viel, daß ich getaumelt wäre. Mir war's bei dieser Schreckenspost, als sprängen des Paradieses Pforten vor mir auf; aber schon sahe ich am Eingange den Engel mit dem Feuerschwerte stehen, und aus meinem Herzen schrie es wieder: O Hüter, Hüter, war dein Ruf so fern! — — Dieser Tod hätte uns das Leben werden können; nun war's nur ein Entsetzen zu den andern.

Ich saß oben auf meiner Kammer. Es wurde Dämmerung, es wurde Nacht; ich schaute in die ewigen Gestirne, und endlich suchte auch ich mein Lager. Aber die Erquickung des Schlafes ward mir nicht zuteil. In meinen erregten Sinnen war es mir gar seltsamlich, als sei der Kirchturm drüben meinem Fenster nahe gerückt; ich fühlte die Glockenschläge durch das Holz der Bettstatt dröhnen, und ich zählete sie alle die ganze Nacht entlang. Doch endlich dämmerte der Morgen. Die Balken an der Decke hinaus nach wie Schatten über mir, da sprang ich auf, und ehbevor die erste Lerche aus den Stoppelfeldern stieg, hatte ich allbereits die Stadt im Rücken.

Aber so frühe ich auch ausgegangen, ich traf den Prediger schon auf der Schwelle seines Hauses stehen. Er geleitete mich auf den Flur und sagte, daß die Holztafel richtig angelanget, auch meine Staffelei und sonstiges Malergerät aus dem Küsterhause herübergeschaffet sei. Dann legte er seine Hand auf die Klinke einer Stubentür.

Ich jedoch hielt ihn zurück und sagte: „Wenn es in diesem Zimmer ist, so wollet mir vergönnen, bei meinem schweren Werk allein zu sein!"

„Es wird Euch niemand stören", entgegnete er und zog die Hand zurück. „Was Ihr zur Stärkung Eures Leibes bedürfet, werdet Ihr drüben in jenem Zimmer finden." Er wies auf eine Tür an der anderen Seite des Flures; dann verließ er mich.

Meine Hand lag itzund statt der des Predigers auf der Klinke. Es war totenstill im Hause; eine Weile mußte ich mich sammeln, bevor ich öffnete.

Es war ein großes, fast leeres Gemach, wohl für den Konfirmandenunterricht bestimmt, mit kahlen, weißgetünchten Wänden; die Fenster sahen über öde Felder nach dem fernen Strand hinaus. Inmitten des Zimmers aber stund ein weißes Lager aufgebahret. Auf dem Kissen lag ein bleiches Kinderangesicht; die Augen zu; die kleinen Zähne schimmerten gleich Perlen aus den blassen Lippen.

Ich fiel an meines Kindes Leiche nieder und sprach ein brünstlich Gebet. Dann rüstete ich alles, wie es zu der Arbeit nötig war; und dann malte ich: — rasch, wie man die Toten malen muß, die nicht zum zweitenmal dasselbig Antlitz zeigen. Mitunter wurd' ich wie von der andauernden großen Stille aufgeschrecket; doch wenn ich innehielt und horchte, so wußte ich bald, es sei nichts dagewesen. Einmal auch war es, als drängen leise Odemzüge an mein Ohr. — Ich trat an das Bette des Toten, aber da ich mich zu dem bleichen Mündlein niederbeugte, berührte nur die Todeskälte meine Wangen.

Ich sahe um mich; es war noch eine Tür im Zimmer; sie mochte zu einer Schlafkammer führen, vielleicht daß es von dort gekommen war! Allein so scharf ich lauschte, ich vernahm nichts wieder; meine eigenen Sinne hatten wohl ein Spiel mit mir getrieben.

So setzete ich mich denn wieder, sahe auf den kleinen Leichnam und malete weiter; und da ich die leeren Händchen ansahe, wie sie auf dem Linnen lagen, so dachte ich: „Ein klein Geschenk doch mußt du deinem Kinde geben!" Und ich malete auf seinem Bildnis ihm eine weiße Wasserlilie in die Hand, als sei es spielend damit eingeschlafen. Solcher Art Blumen gab es selten in der Gegend hier, und mocht' es also ein erwünschet Angebinde sein.

Endlich trieb mich der Hunger von der Arbeit auf, mein ermüdeter Leib verlangte Stärkung. Legte sonach den Pinsel und die Palette fort und ging über den Flur nach dem Zimmer, so der Prediger mir angewiesen hatte. Indem ich aber eintrat, wäre ich vor Ueberraschung bald zurückgewichen; denn Katharina stund mir gegenüber, zwar in schwarzen Trauerkleidern, und doch in all dem Zauberschein, so Glück und Liebe in eines Weibes Antlitz wirken mögen.

Ach, ich wußte es nur zu bald; was ich hier sahe, war nur ihr Bildnis, das ich selber einst gemalet. Auch für dieses war also nicht mehr Raum in ihres Vaters Hause gewesen. — Aber wo war sie selber denn? Hatte man sie fortgebracht, oder hielt man sie auch hier gefangen? — Lang, gar lange sahe ich das Bildnis an; die alte Zeit stieg auf und quälte mein Herz. Endlich, da ich mußte, brach ich einen Bissen Brot und stürzete ein paar Gläser Wein hinab; dann ging ich zurück zu unserem toten Kinde.

(Schluß folgt.)

Arbeiterbewegung.

Im Töpferverbande hielten am 29. Februar und 1. März Verbandsbeirat und Zentralvorstand unter Hinzuziehung der Gauleiter eine wichtige Sitzung ab. In erster Linie galt es, Stellung zu nehmen zu der kürzlich im Verbande vollzogenen **Urabstimmung über Lohn- und Akkordarbeit**, wobei wie schon früher mitgeteilt, alle Sparten, außer den Geschirrdrehern, die erforderliche Zweidrittelmehrheit für Lohnarbeit aufgebracht haben. Dem Verbandsbeirat und Zentralvorstand ist vom letzten Verbandstag der Auftrag erteilt worden, in diesem Falle mit allen Mitteln die Lohnarbeit in die Tat umzusetzen. Die Konferenz war nach eingehender Beratung der Meinung, daß alles getan werden müsse, um den kundgegebenen Willen der Mitglieder in die Tat umzusetzen. Sie war sich jedoch auch weiter darüber klar, daß dabei noch große Schwierigkeiten zu überwinden sein werden. Beschlossen wurde, mit den in Betracht kommenden Unternehmerorganisationen sofort in Verbindung zu treten und über die Einführung der Lohnarbeit zu verhandeln. Das Ergebnis soll sodann den Branchenkonferenzen zur weiteren Beschlußfassung vorgelegt werden. Die Branchenkonferenzen sollen für Ofensetzer nach Bezirken abgehalten werden, für die anderen Sparten sind Reichskonferenzen vorgesehen. Erst wenn die Branchenkonferenzen gesprochen und entsprechend beschlossen haben, soll die Forderung der Lohnarbeit in den Vordergrund der Tariftaktik gerückt werden.

Außer mit der Frage der Durchführung der Lohnarbeit sollen sich die Branchenkonferenzen mit einer anderen nicht minder wichtigen Frage, der Verschmelzungsfrage, befassen. Die Verschmelzungsfrage spielt schon seit über einem Jahrzehnt im Töpferverbande. Die Konferenz kam einmütig zu dem Standpunkt, dem Beitritt zum Baugewerksbund näherzutreten. Ein endgültiger Beschluß soll, wenn irgend möglich, noch in diesem Jahre durch eine Urabstimmung oder einen außerordentlichen Verbandstag herbeigeführt werden. — Der **Gründung eines Verbandes sozialisierter Baubetriebe** stimmte die Konferenz einmütig zu. In der Durchführung von Ferien — auch für Ofensetzer, die vor allem bei den Unternehmern auf harten Widerstand stößt — soll nicht nachgelassen werden. Bedauert wurde, daß die Gesetzgebung in der Richtung der Schaffung von Arbeiterferien noch nicht bahnbrechend vorgegangen ist. Nach Erledigung noch anderer die breite Oeffentlichkeit weniger angehenden Fragen fand dann die Konferenz in vorgerückter Abendstunde des zweiten Verhandlungstages ihren Abschluß.

Vermischtes.

Rohe Grabschändung. Zur Aufklärung der Mausoleumseinbrüche hat die Berliner Kriminalpolizei auch den Einbrecher in Dessau genauer untersucht. Die Untersuchung ergab, daß die Verbrecher in Dessau in derselben Art vorgegangen sind, wie bei dem Einbruch in Charlottenburg. Doch haben sie viel roher gearbeitet, als in der Charlottenburger Gruft. Von fünf Särgen haben sie vier vollständig geöffnet. Auch die Zinksärge haben sie aufgeschnitten und zwar alle in Brusthöhe, weil sie dort Orden und Schmucksachen vermuteten. Von der Leiche des Herzogs Friedrichs I. rissen sie von dem Waffenrock die Epauletten ab. Auch die Knöpfe schabten sie an. Dann versuchten sie auch die Handschuhe abzustreifen, um die Finger nach Ringen zu untersuchen. Als das nicht gleich gelang, brachen sie die rechte Hand ab, untersuchten sie und warfen sie wieder in den Sarg hinein, weil sie nichts fanden. An der linken Hand schabten sie dann mit dem Messer den Handschuh an. Im Sarge der Gemahlin Friedrichs I. der Herzogin Antoinette, durchwühlten sie das Kopfkissen. Der Leiche des Herzogs Eduard streiften sie die Handschuhe ab. Aber auch hier fanden sie keine Ringe. Sie rissen dann das Johanniterkreuz, das fest aufgenäht war, mit solcher Gewalt ab, daß Tuchfetzen aus dem Waffenrock mit herausgerissen wurden und ihre Knöpfe absprangen. Der Erbprinz Leopold, der in Frankreich starb, ruht in einem Zedernsarg, in dem er nach Dessau gebracht worden war. Auch dieses harte Holz bewältigten die Einbrecher mit roher Gewalt. Sie durchwühlten den Sarg, ohne etwas zu finden. Unberührt ließen sie den Sarg des Herzogs Friedrichs II., entweder, weil ihnen die Zeit zu kurz wurde, oder weil sie sich nach dem bisherigen Mißerfolge auch hier nichts mehr versprachen. Die Beute bestand in dem Johanniterkreuz und einer Verdienstmedaille. Nach dem Befunde waren die Einbrecher im Besitze von außerordentlich guten Werkzeugen. Die einzige Spur, die sie sonst hinterließen, ist ein zusammengekniffter Fünfzigpfennigschein der Stadt Leipzig.

Welt und Wissen.

Die Perser auf der Namenssuche.

O.K. Bisher hatten die Perser nur Vornamen. Ein Volk von 10 Millionen teilte sich in ein Dutzend Namen, und zahllos waren die Ali, Hassan, Hussein, Abbas usw. Nunmehr aber fangen sie an, sich Familiennamen beizulegen und auf ihre Kinder zu vererben. Diese bemerkenswerte Tatsache erörtert Wilhelm Litten in einem Aufsatze über persische Familiennamen, der er im „Neuen Orient" veröffentlicht. Um die Leute voneinander zu unterscheiden, war bisher ein höchst verwickeltes System von Zusätzen üblich, von denen jeder Vorname eingerahmt wurde. Ein Perser, der lesen und schreiben kann, erhält die Bezeichnung Mirsa, die im Vornamen vorangestellt wird, während bei Prinzen das Wort Mirsa hinter den Vornamen gestellt wird. Mirsa Firus heißt also ein gebildeter Perser mit dem Vornamen Firus, z. B. ein bekannter Journalist in Täbris; Firus Mirsa heißt ein Prinz mit demselben Vornamen, z. B. der jetzige Minister des Aeußern. Außerdem ist es in den letzten 20 Jahren Mode geworden, dem Namen als eine Art Auszeichnung das Wort Chan oder Beg nachzustellen. Andere wieder heben ihre Namen durch religiöse Bezeichnungen hervor, wie Hadschi für einen Pilger, der die kostspielige Reise nach Mekka ausgeführt hat, während ein Meschhedi nur bis Meschhed und ein Kerbelali nur bis Kerbela gelangt ist. Bei Geistlichen und Kaufleuten wird außerdem das Wort Aga, d. h. Herr, oft nachgestellt, oder man fügt den Geburtsort, die Berufsbezeichnung, den Namen des Vaters hinzu. Solch kleine Zusätze werden genau beachtet und nie beim Aussprechen des Namens weggelassen, schon um Verwechselungen zu vermeiden. Der Hadschi Mirsa Rhesa Chan, ein hervorragender Abgeordneter, wird z. B. nie mit Mirsa Resa Chan, dem früheren Gesandten in Berlin, verwechselt. Perser in hervorragender Stellung erhalten sodann vom Schah meist einen Ehrennamen verliehen, den sie allein führen dürfen. Die Ehrennamen vertreten dann recht eigentlich unsere Familiennamen, aber mit dem Unterschiede, daß sie nicht ohne weiteres erblich sind. Diese höchst umständliche Form der Namengebung, mit der der Perser selbst nur unter großen Mühen Bescheid weiß, ergibt die größten Schwierigkeiten im Auslande, wo ein Beamter sich schwer herausfinden kann, wenn er z. B. als den Namen eines Persers liest: Hadschi Mirsa Seid Ismail Chan Husseinsädä Muinul-mulk Schirasi Emir Tuman. Deshalb haben sich die fortgeschrittenen Perser jetzt auf die Namensuche begeben, und man findet in Teheraner Zeitungen nicht selten Anzeigen, etwa folgenden Inhalts: „Ich, Mirsa Ibrahim Dändanssas (Zahnarzt) habe entsprechend meinem Berufe in dem Personenregister den Namen Mussänän (arabisch: Zahnarzt) für meine Familie bestimmt. Ibrahim Mussänän." Es sind in den einzelnen Bezirken Kanzleien eingerichtet, die ein Personalregister führen und nummerierte Personalausweise für bestimmte Familiennamen ausstellen. Staatsrechtlich wird dies von großer Bedeutung sein, denn „Reformen", wie Wehrpflicht und Einkommensteuer, von denen die Perser bisher verschont waren, lassen sich überhaupt nur durchführen, wenn das ganze Volk nicht mehr auf ein paar Vornamen hört. Bei dieser Namengebung kommt es auch zu mancherlei Komplikationen, wie etwa die folgende Anzeige beweist: „Herr Pärwis möge sich einen andern Namen auswählen. Ich habe schon vor acht Monaten Färhmänd als meinen Familiennamen gewählt und bekanntgegeben. Mahmud Färhmänd, Apotheker."

Für unsere Frauen.

Die internationale Frauenbewegung nach dem Kriege.

Es wissen nicht viele Menschen, daß lange vor dem Inkrafttreten des Völkerbundes, in der Zeit, als man nur die Internationale der Proletarier aller Länder kannte, es schon eine andere weltumspannende Vereinigung gab, die eingesehen hatte, daß es gewisse, alle Menschen berührende Fragen gäbe, die nur auf internationaler Grundlage gelöst werden könnten. Das war der „International Council of Women", die Vereinigung, die im Jahre 1888 in Washington begründet worden war und in der sich Frauen aus 22 verschiedenen Ländern vereinigt hatten zur Förderung der Einheit und des gegenseitigen Verständnisses zwischen allen Frauenorganisationen, die für das Wohl der Menschheit arbeiteten. Die Organisation hatte hauptsächlich folgende Tätigkeitsgebiete: Kampf für das Frauenwahlrecht, gleiches Recht für Frauen und Männer, Unterdrückung des Handels mit weißen Sklaven, Erziehungs- und Gesundheitsfragen, die rechtliche, berufliche und industrielle Gleichstellung der Frau, Aus- und Einwanderung usw. Selbst den Krieg hat diese Organisation überdauert. Im Herbst findet in Norwegen programmäßig das nächste Zusammentreffen statt (das letzte ist vor fünf Jahren in Rom gewesen), zu dem auch Frauen der Mittelmächte aufgefordert sind.

Lady Aberdeen, die Vorsitzende, schildert in einem Aufsatz in der englischen Zeitschrift „The League" die Schritte, die der Vorstand der Organisation bei der Pariser Konferenz gemacht hatte. Sie verlangte, daß die Frauen ihre Wünsche vortragen sollten, und erhielt eine Audienz bei Wilson. Lord Robert Cecil nahm dies zum Anlaß, um einen neuen Gesichtspunkt in den Völkerbundvertrag aufzunehmen, nämlich, daß alle Aemter und Kommissionen des Völkerbundes Frauen unter den gleichen Bedingungen wie Männern offen seien. (Völkerbundakten, Art. 7; ferner berücksichtigt Art. 389 und Art. 427, 7 ausdrücklich Fraueninteressen.) Bei diesem Empfang am 10. April führte Lady Aberdeen vor allen Dingen aus, wie wichtig die internationale Frauenorganisation für die Verbreitung des Völkerbundgedankens durch häusliche Propaganda sei, und daß die Frauen sich dafür einsetzen würden, wenn sie fest davon überzeugt sein könnten, daß der Völkerbund sich verwirklichen ließe und in jedem Falle Frauen ebenso wie Männer heranziehen würde, was ihr ja bewilligt wurde. Sie stellte folgende Forderungen auf: daß bei Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes die Frauen ebenso ihre Stimme abgeben dürften, wie der Mann; daß alle dem Völkerbunde beitretenden Nationen das Frauenstimmrecht anerkennen sollten; daß sie sich verpflichten, den Frauen- und Kinderhandel zu unterdrücken und daß internationale Bureaus für Erziehungs- und Gesundheitswesen eingerichtet werden sollen. Der Präsident gab Antwort, daß er im Namen seiner Kollegen aussprechen könnte, sie seien mit allen diesen Forderungen einverstanden.

Die Frauen haben also jetzt eine günstige Gelegenheit, die sie ausnutzen müssen. Der Kongreß in Kristiania, zu dem die norwegischen Frauen jetzt schon Vorbereitungen zu einem großen Empfang treffen, wird sich hauptsächlich mit diesen Fragen zu beschäftigen haben.

Eingegangene Druckschriften.

Von der **„Neuen Zeit"** ist soeben das 24. Heft vom 1. Band des 38. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Rußland und wir. Vor Artur Heichen. — Aus dem Reich der Philosophie. Von Dr. Ferd. Jakob Schmidt, Universitätsprofessor (Berlin). — Praktisches zur Agrarfrage. Von Konrad Miß. — Zur Schul- und Bildungsreform. Von Dr. Otto Bournot (Köslin). — Gegen die Betriebskrankenkassen. Von Eduard Gräf. — Literarische Rundschau. — Notizen.

Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 6,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 50 Pfennig.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Vom **„Wahren Jakob"** ist soeben die 6. Nummer des 37. Jahrganges erschienen. Der Preis der Nummer ist 50 Pfg. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporteuren zu beziehen.

Gesangbücher für die Konfirmation
bieten wir in tadelloser Friedensqualität
beispiellos billig!
Geschmackvolle Einbände in Ganzleder, Lederstoff und Kaliko mit Goldprägung und echtem Hochglanz-Goldschnitt.
Gute Bücher und Geschenkwerte in reicher, schöner Auswahl.
Holstenhaus
G. m. b. H. Abteilung Buchhandel. Lübeck 2987

Olga Kock
Paul Oldenburg
Verlobte. (2960
Lübeck, 14. März 1920.

Hilde Dostlebe
Christian Tietze
Aylsdorf b. Zeitz Lübeck
2961) z. Zt. Zeitz i. Sachs.
Verlobte.
Zeitz, d. 15. März 1920.

Durch die glückliche Geburt eines prächtigen
Jungen
wurden hocherfreut
Adolf Schmidt u. Frau Marta
2992) geb. Jantz.
Lübeck, d. 15. März 1920.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zu unserer Silber-Hochzeit danken recht herzlich
E. Schmidt u. Frau.
2990 Kraftstr. 24 I.

Für die vielen Gratulationen und Geschenke zur silbernen Hochzeit danken herzlichst
L. Schulz u. Frau
2985) geb. Radden.

Am Freitag, vorm. 11½ Uhr, entschlief sanft nach kurzem Leiden unser lieber Heiner
Willy
im zarten Alter von 10 Wochen schmerzlich vermißt von den betrübten Eltern, Großeltern und allen Verwandten.
Carl Effinger und Frau
geb. Adam.
Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachm. 2¼ Uhr, auf dem Vorwerker Friedhof statt. 2991

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme u. reichen Kranzspenden b. Hinscheiden meiner lieben Frau, unserer guten Mutter sowie Herrn Pastor Mildenstein für seine trostreichen Worte unsern herzlichsten Dank. (2988
Fr. Rehien u. Kinder
Fr. Rehien u. Kinder.

Ges. 2 Bautischler
welche selbständig arbeiten können, bei dauernder Beschäftigung. (2979
Joh. Oldenburg,
Baugeschäft,
Hüxtertor Allee 45.

Eine abgeschl. Stube und Küche v. Holstentor gegen 2-Zim.-Wohn. v. Holstentor zu vert. Adlerstr. 48. I. (2974

Herren-Fahrrad u. feldgr. Anzug billig zu verk. (2989 Wakenitzmauer 12, II.

Zu verkaufen ein echter **Wyandotthahn** oder gegen Legehuhn zu tauschen.
2969) Arnimstr. 6c, I.

Ges. ein dunkles Verdeck für Sportwagen. (2997
Förster, Kohlhorststr. 46.

Zu kauf. ges. ein guterh. **Kinderwagen.** Ang. u. B B 46 a. d. Exp. d. Bl. (2971

Zu kauf. ges. ein Klavier z. Pr. v. 2—3000 M. (2973
Witt, Lilienstr. 2 I.

Kopfläuse
nebst Brut, **Radikalmittel.**
Zu haben Fr. Kröger, Be-
2962) bei eidigt.
Kammerjäger, Alfstr. 3, I.

Der
Weg zur Wahrheit.
Führervertrauen und Führerhaß im Kriege
von einem Frontoffizier.
Preis 1 Mk.
Buchhdl. Fr. Meyer & Co.

Rechnungs-Formulare
werden hergestellt in der
Buchdruckerei
Friedr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Fuhren jeder Art
übernimmt
F. W. Tietz, Pelzerstr. 24.
Fernruf 943. 2964

Neu! Neu!
Der Kleine Roman
Wöchentlich
ein abgeschlossenes, illustr. Heft mit farbigem Titelblatt
Vierteljährlich 6 Mk.
Einzelheft 50 Pfg.
Nr. 1 Frank Wedekind: **„Marianne".**
Nr. 2 Heinr. Mann: **„Schauspielerin".**
Nr. 3 Freiherr von Gaudy: **„Aus dem Tagebuch eines wandernden Schneidergesellen".**
Nr. 4 Carl Bülcke: **„Die süße Lilly".**
Nr. 5 J. F. Perkonig: **„Die Versuchungen des Herrn Heiland".**
Nr. 6 Bruno Frank: **„Ein Abenteuer in Venedig".**

An die
Bevölkerung Lübecks!

Die deutsche demokratische Partei Lübecks erklärt, daß sie die gegenwärtige Revolution in Berlin mit aller Entschiedenheit verurteilt.

Die deutsche demokratische Partei Lübecks hält fest an der durch die Reichsverfassung geschaffenen Grundlage.

Daher verwirft die deutsche demokratische Partei Lübecks alle Bestrebungen, die den heutigen Rechtszustand und den Wiederaufbau unseres darniederliegenden Vaterlandes gefährden können.

Die deutsche demokratische Partei Lübecks ist bereit, mit allen politischen Parteien, die auf gleichem Boden stehen, für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung nachdrücklichst einzutreten.

Die deutsche demokratische Partei Lübecks erwartet von dem gesunden Sinn der Bevölkerung Lübecks Besonnenheit in der Ueberwindung etwa noch kommender schwerer Tage.

Lübeck, den 13. März 1920. 3009

Die deutsche demokratische Partei Lübecks
Der Parteivorstand.
J. A.: Julius Heise.